

E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

E+Z

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

Februar 2017

SÜDSUDAN
Mediator warnt
vor drohendem
Völkermord

EFFEKTIVITÄT
Was seit der Pariser
Erklärung von 2005
erreicht wurde

NEUER UN-CHEF
Hoffnung
auf stärkere
Weltorganisation



Populistische Politik

Monitor

Fehlende Staatlichkeit in der Sahelzone | Unzureichender Anstieg staatlicher Entwicklungshilfe | Ethnische Säuberung in Myanmar | Afrikanische Kritik an Europa | Nigeria am Abgrund | Makroökonomische Konsequenzen von Naturkatastrophen | Heutzutage: Simbabwe führt Schuldscheine als Währung ein | Impressum 4

Debatte

Kommentare zur Jugendarbeitslosigkeit in Sambia, der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten als demokratischer Leuchtturm Afrikas und dem neuen UN-Generalsekretär António Guterres 12

Tribüne

PETER TIBI IM INTERVIEW MIT SHEILA MYSOREKAR:
Im Südsudan droht ein Genozid 15

PETER LANZET: Warum die Wirksamkeit der Entwicklungspolitik wieder mehr Relevanz bekommen muss 17

Schwerpunkt: Populistische Politik

VIRGINIA MERCADO: Trumps Präsidentschaft belastet Verhältnis zwischen USA und Mexiko 20

SABINE BALK: Populisten bedrohen Menschenrechte weltweit 23

FRANK PRIESS: Zivilgesellschaft unter Druck 24

HENNING MELBER: Ehemalige Befreiungsbewegungen an der Macht 25

TIMUR TINÇ: Präsident Erdogan spaltet die Türkei 28

INGY SALAMA: Ägypten in der Krise 29

ALAN C. ROBLES: Was Präsident Duterte mit massenhaften Tötungen auf den Philippinen verbindet 31

NORA SAUSMIKAT: Populismus im Reich der Mitte 33

JÜRGEN WIEMANN: Wachsende Ungleichheit und Bedrohungen durch den Klimawandel 35

DANIEL BAX: Aufstieg der Rechtspopulisten in Europa 37

HANS DEMBOWSKI: Fachliteratur zu Populismus und technokratischer Regierungspolitik 39

Populistische Politik

Der Zaun steht schon

Donald Trumps Wahlkampf war ein Paradebeispiel für Populismus. Schon vor seinem Amtsantritt wurde deutlich, wie sehr populistische Regierungsführung die Partner eines Landes belasten kann, schreibt die mexikanische Wissenschaftlerin Virginia Mercado. SEITE 20

Zivilgesellschaft unter Druck

Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) unterstützt zivilgesellschaftliche Organisationen im Ausland, spürt aber, dass sie in vielen Ländern immer stärker eingeengt werden. Frank Priess von der KAS beschreibt die Erfahrungen. SEITE 24

Nostalgie und leere Versprechen

Im südlichen Afrika sind ehemalige Befreiungsbewegungen heute dominante Parteien – und politischer Populismus ist weit verbreitet. Laut SWAPO-Mitglied Henning Melber ignorieren die Führer jedoch die extreme gesellschaftliche Ungleichheit. SEITE 25

Die Nation definieren

Ägypten steckt in der Krise. Präsident Abdel Fattah al-Sisi gibt sich als Retter. Jede abweichende Meinung entwertet er als anti-national, wie die Journalistin Ingy Salama erläutert. SEITE 29

Nationaler Selbstmord

Von Mai bis Dezember wurden auf den Philippinen täglich 30 Menschen ermordet. Präsident Rodrigo Duterte feuert die Gewalt an, schreibt Alan C. Robles, Journalist aus Manila. SEITE 31

Ungleichheit und Umweltgefahren

Der Hype der Globalisierung ist vorbei. Wachsende Ungleichheit und Umweltgefahren stellen große Herausforderungen dar, wie der Ökonom Jürgen Wiemann darlegt. Populistische Bewegungen schüren die Ängste der Menschen. SEITE 35

Gespaltener Kontinent

Der Aufstieg der Rechtspopulisten bringt Europa aus der Balance. Ihre Propaganda stellt Errungenschaften wie Religionsfreiheit, Freizügigkeit für EU-Bürger und das Asylrecht in Frage, schreibt Daniel Bax. SEITE 37

Wertlose Versprechen

Recep Tayyip Erdogan ist ein trauriges Beispiel populistischer Amtsführung. Seinetwegen versinkt die Türkei in Gewalt. Er will Verfassungsänderungen, um die Nation mit noch mehr Macht zu „retten“. Dabei übte er schon lange mehr Macht aus als jeder andere türkische Politiker in den Jahrzehnten, bevor er 2003 als Ministerpräsident seine erste Regierung bildete. Anfangs schuf er breite Bündnisse, um der kemalistisch-undemokratischen Dominanz von Militär, Justiz und Verwaltung ein Ende zu setzen. Das tat dem Land gut.

Seit einiger Zeit wendet er sich nun gegen frühere Verbündete, besonders spektakulär gegen die Gülenisten. Er hat den Bürgerkrieg in Kurdistan neu entfacht. Auch ISIS-Terror richtet sich nun gegen die Türkei. Pressefreiheit und Bürgerrechte sind ausgehöhlt; Investoren und Touristen bleiben weg.

Erdogan ist kein gewöhnlicher Populist. Seine autokratischen Neigungen haben sich erst spät auf seine Amtsführung ausgewirkt – und seither eskaliert die Gewalt. In wichtigen Punkten agiert Erdogan jetzt im streng gefassten Wort-sinn „populistisch“: Er behauptet, allein die Nation zu vertreten, behält sich aber vor, selbst zu definieren, wer dazu gehört. Große Versprechen sind unerfüllbar – in seinem Fall, weil sunnitische Dominanz und Frieden in der Türkei unvereinbar sind. Um seine Herrschaft zu rechtfertigen, braucht er Feinde. In gehörigem Maß schafft er selbst den Terrorismus, mit dem das Land ringt.

Heute regieren Populisten eine deprimierend große Zahl von Ländern. Mit Donald Trump im Weißen Haus gehören auch die USA dazu. Populisten beanspruchen, dem Gemeinwohl zu dienen, aber sie tun das nicht. Sie spalten. Sie klagen permanent, „das Volk“ werde von irgendjemandem ausgenutzt – von Minderheiten, „Eliten“ oder anderen Ländern. Sie nähren Verschwörungstheorien, um andere dafür verantwortlich zu machen, dass aus ihren Versprechen nichts wird. Populisten wollen ihre Politik nicht im Detail diskutieren. Das würde den grandiosen Visionen widersprechen. Sie wollen Anweisungen erteilen, nicht debattieren. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Medienhäuser mögen sie nur, wenn sie sie kontrollieren. Solange sie in der Opposition sind, wittern Populisten überall Korruption, aber im Amt lehnen sie dann alles ab, was ihre Amtsführung Kontrollen unterwerfen würde.

Diese Haltung kann innen- wie außenpolitisch zu Gewalt führen. Selbst wenn sie das nicht tut, verschärft sie globale Probleme. Klimaschutz, Armutsbekämpfung und viele andere wichtige Anliegen erfordern Kooperation. Es stimmt einfach nicht, dass Vorteile eines Akteurs automatisch anderen Akteuren zum Nachteil gereichen. Manche wichtige Dinge lassen sich nur gemeinsam erreichen – und dazu gehören die Sustainable Development Goals der UN.

Nicht alles ist indessen unerreichbar, was in einem bestimmten Kontext utopisch klingt. Allgemeinen Zugang zum Gesundheitswesen bieten heute viele Länder nicht, obwohl das grundsätzlich möglich ist. Details sind selbstverständlich wichtig. Die Kosten und wer sie trägt, müssen benannt werden. Kompromiss und Interessenabwägung sind demokratische Notwendigkeiten.

Im Kampf gegen Populismus hilft es, auf Politikdetails zu insistieren. Versprechen, dass alles großartig wird, sind wertlos. Außerdem müssen wir auf Pluralismus bestehen, denn es gibt berechnete, aber widerstreitende Interessen.

Wir haben das Layout unseres e-Papers an unser zweimonatlich erscheinendes Druckheft angepasst. Zudem haben wir die Reihenfolge der Rubriken geändert. Sie werden sich aber sicherlich problemlos orientieren können, denn das Konzept des Produkts ist weiterhin dasselbe.



HANS DEMBOWSKI
ist **Chefredakteur von E+Z**
Entwicklung und Zusammenarbeit /
D+C Development and Cooperation.
euz.editor@fs-medien.de

Debatte



Mitreißender Typ

Der neue UN-Generalsekretär António Guterres hebt sich in den Augen der Journalistin Friederike Bauer erfrischend von seinem eher blassen und uncharismatischen Vorgänger ab. Der Portugiese sei erfreulich offen und direkt. Aber er müsse aufpassen, nicht allzu forsch aufzutreten.

SEITE 14

Tribüne



„Stetig Richtung Genozid“

Die Gewalt im Südsudan breitet sich weiter aus, angetrieben von einer politischen Auseinandersetzung, die zunehmend zu einem ethnischen Konflikt wird. Der südsudanesischer Konfliktmediator Reverend Peter Tibi warnt im Interview vor einem bevorstehenden Genozid.

SEITE 15

Interesse an Wirksamkeit stärken

Effektivere Zusammenarbeit soll die Wirksamkeit der Entwicklungspolitik verbessern. Dazu wurde 2012 die Global Partnership for Effective Development Cooperation (GPEDC) als multilaterales Forum gegründet. Ihr fehlt es jedoch innerhalb der UN an der gewünschten Resonanz, beklagt Peter Lanzet, Experte für Entwicklungspolitik.

SEITE 17

SAHELZONE

Fehlende Staatlichkeit



Auf alten Handelswegen schmuggeln auch Kriminelle allerlei Waren oder Menschen: Salzkarawane in der Nähe von Agadez in Niger.

Die Sahelregion ist durch die Bürgerkriege der vergangenen Jahre in Libyen, Mali, der Zentralafrikanischen Republik und im Sudan komplett destabilisiert. Der Handel mit Menschen, Drogen und Waffen über kaum gesicherte Grenzen blüht. Terrororganisationen wie Al-Kaida oder Boko Haram nutzen ebenso die fehlende Staatlichkeit, um ihren Einfluss zu erweitern. Experten diskutieren Lösungsansätze, um die Region wieder zu stabilisieren.

Von Sabine Balk

Zahibi Sidi Mohamed, früherer Außenminister von Mali und Vorsitzender der Demobilisierungskommission CNDDR, ist sich sicher, dass man erst die Ziele und Beweggründe aller kriminellen Gruppen in der Sahelregion verstehen müsse, um Lösungen zu finden. Der Kollaps von Libyen, der die Region komplett destabilisierte, habe die Lage verschärft. Viele Grenzorte müssten sich selbst organisieren, weil staatliche Unterstützung fehle. Leider gebe es in vielen afrikanischen Ländern zu viele schlechte Regierungen und zu wenig Ressourcen.

Dem stimmt Wolf-Christian Paes, Experte beim BICC (Bonn International Center for Conversion) für die Region, zu und ergänzt: Auch die herrschenden Clans seien in die regionalen Dynamiken eingebunden.

Der Schmuggel mit allerlei Waren wie Waffen oder Drogen und auch mit Menschen sowie der islamistische Terror stünden in enger Beziehung zueinander. Für den illegalen Handel nutzten die Schmuggler traditionelle Handelswege, auf denen die Karawanen seit Jahrhunderten ihre Waren bewegen, erläutert Paes. Die Kriminellen machten sich die Abwesenheit des Staates in der Gesellschaft zunutze – teils füllten sie strukturelle Lücken wie fehlende Bezahlung, indem sie sich und ihren Helfern Einnahmen durch Bestechungsgelder sicherten.

Zahibi Sidi Mohamed sieht als weiteres Problem, dass der Westen die islamische Agenda nicht verstehe. Er beklagt aber auch, dass es keinen Dialog der verschiedenen Strömungen innerhalb des Islams gebe, „nicht in der breiten Masse jedenfalls und nicht auf einem intellektuellen Niveau“. Das sei ein großes Problem. Es sei auch nicht Aufgabe des Westens, diesen Dialog anzustoßen, sondern er müsse aus der muslimischen Welt selbst herauskommen.

FLUT AN WAFFEN

Moncef Kartas vom Graduate Institute of International and Development Studies in Genf gibt zu bedenken, dass viele heutige Probleme der Sahelregion auch vor dem Sturz des libyschen Diktators Muam-

mar al-Gaddafi schon bestanden. Was sich aber dramatisch nach dem Zerfall Libyens veränderte, war die Flut an Waffen aus Libyen, zu denen plötzlich auch zahlreiche Zivilisten Zugang hatten. „Viele Leute schnappten sich Lastwagen, stopften sie mit Waffen voll und lagerten sie irgendwo, um sie später teuer weiterverkaufen zu können“, erklärt der Wissenschaftler. Seiner Einschätzung nach wurden in der Region traditionell schon immer kleine und leichte Waffen geschmuggelt. Der Zusammenbruch Libyens habe die Situation aber nun so verschärft, dass sie außer Kontrolle geraten sei. Die internationale Gemeinschaft suche verzweifelt einen Ausweg aus der Misere.

Die bisherigen Lösungsansätze sind Kartas' Ansicht nach viel zu militärorientiert, und es gebe zu wenig zivile Friedensarbeit in der Region. Das Problem in Libyen sei nicht fehlendes Militär, sondern fehlende Rechtsstaatlichkeit.

Dies sieht auch Sani Adamu Mohammed so. Er ist Leiter der Abteilung Kleinwaffenkontrolle im Sekretariat der ECOWAS, der Economic Community of West African States, der auch die beiden Sahelländer Mali und Niger angehören. Er verweist auf die „ECOWAS Convention on Small Arms and Light Weapons, their Ammunition and other Related Materials“ von 2006. Diese Vereinbarung verbietet jeglichen internationalen Transfer von Kleinwaffen innerhalb des Staatenbundes, außer ein Mitglied bittet das Sekretariat um eine Ausnahme. Sie regelt ebenso die Kontrolle der Waffenproduktion und fordert Transparenz und Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten.

Sani Adamu Mohammed fragt sich, warum diese Konvention nicht eingehalten wird: „Was geht da schief?“ Seiner Meinung nach müssen die Bemühungen dahin gehen, dass die Konvention umgesetzt wird, die auch Maßnahmen zur Registrierung von Kleinwaffen enthält. Das Problem sei aber, dass die Grenzen in Niger und Mali weit weg von den Hauptstädten lägen und der Staat sich nicht um diese Regionen kümmere. „Die Grenzorte sind verzweifelt“, erklärt Sani Adamu Mohammed. Die kriminellen Kartelle übernahmen die Aufgaben des Staates, weil dieser schwach sei. Da müsste man seiner Meinung nach ansetzen und die Regierungen der Länder und ihre Institutionen stärken.

Susanne Baumann, die beim Auswärtigen Amt für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle zuständig ist, wurde bei einer Diskussionsveranstaltung des BICC in Bonn gefragt, ob der Bundesregierung klar sei, wie nah uns die Sahelzone ist. Von dort kommen Migranten, Flüchtlinge und Drogen nach Europa. Baumann antwortete, dass sich Deutschland sehr bewusst sei, wie viele Auswirkungen die Krise in der Sahelzone auf Deutschland und Europa habe. Deshalb unterstütze die Bundesregierung die Region etwa durch deutsche Truppen in Mali, deren Aufstockung kürzlich beschlossen wurde. Insgesamt werden künftig bis zu 1000 deutsche Soldaten im Rahmen der UN-Mission Minusma mit Hubschraubern

bei der Friedenssicherung helfen. Das sei der weltweit größte Einsatz deutscher Soldaten. Neben militärischer Hilfe konzentriere sich die Bundesregierung aber auch auf eine Reihe ziviler Programme.

Zahibi Sidi Mohamed begrüßt das deutsche Engagement in Mali. Er beklagt aber gleichzeitig die Eingeschränktheit des Mandats. Dieses erlaube zum Beispiel nicht, gegen Menschenhändler und Waffenschmuggler vorzugehen. Das Mandat erlaubt allein die Friedenssicherung. „Aber wie soll Frieden gesichert werden, wenn es ihn gar nicht gibt?“, fragt er rhetorisch. Seine Forderung lautet: „Helft unseren Ländern, dass wir starke Polizei und Armeen haben und ändert euer Mandat!“

Die Lösung für die Region sieht Zahibi Sidi Mohamed im (Wieder-)Aufbau von Staatlichkeit. Es brauche starke Regierungen, die die Gesetze respektierten, die Länder stabilisierten und die Grenzen sicherten. Es brauche aber auch einen Dialog der Religionen vor Ort, um der islamistischen Indoktrinierung gegen den Westen entgegenzuwirken. Die internationale Kooperation gehe oft nicht die richtigen Probleme an, wie am Beispiel der in Mali stationierten Truppen zu sehen sei. Sie würden zwar die malischen Truppen ausbilden, statteten sie aber nicht mit der richtigen Ausrüstung aus. Ohne diese könnten die malischen Soldaten ihre Arbeit nicht machen.

ODA

Mehr Geld, aber immer noch zu wenig

Die öffentliche Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) nimmt stetig zu. Doch die Geberländer sind noch immer weit von ihrem selbstgesteckten Ziel entfernt, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungshilfe auszugeben. Umstritten ist zudem, was als ODA zählt. 2015 gaben die Mitglieder des OECD-Ausschusses für Entwicklungshilfe (DAC) fast ein Zehntel ihrer ODA zu Hause aus.

Von Katja Dombrowski

Der DAC ist ein Club wohlhabender Länder, darunter Wirtschaftsmächte wie die USA, Japan, Deutschland und die EU. 2015 gaben seine Mitglieder zusammen 131,4 Milliarden Dollar an Entwicklungshilfe aus. Das waren real 6,6 Prozent mehr als 2014. Die größten Geber in absoluten Zahlen waren die USA, gefolgt von Britannien, Deutschland, Japan und Frankreich.

Doch der größte Teil des zusätzlich ausgegebenen Geldes blieb in den Geber-

ländern selbst, vor allem in Europa. Er floss in erster Linie in Ausgaben im Zusammenhang mit Flüchtlingen. Diese Ausgaben betragen 12,1 Milliarden Dollar oder 9,2 Prozent der gesamten ODA. Klammert man sie aus, nahm das ODA-Volumen real nur um 1,3 Prozent zu.

Zahlreiche NGOs kritisieren diese Entwicklung. Nach Ansicht von Hilary Jeune von Oxfam international sollte Flüchtlingshilfe nicht als Entwicklungshilfe gelten, denn „das ist Hilfe, die die reichen Länder nie verlässt“. Und Sara Harcourt von der Advocacy-Organisation ONE argumentiert: „Viele Länder leiten ihre Hilfe – die der Bekämpfung von Armut dienen sollte – um, um die Kosten der Flüchtlinge zu decken, die sie aufgenommen haben. Es ist vollkommen richtig, dass wir Menschen Schutz gewähren, die vor Krieg und Unsicherheit fliehen, aber wir müssen auch die ärmsten Menschen der Welt unterstützen.“

Die ODA ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Zwischen 2000 und

2015 betrug der reale Anstieg 82 Prozent. Trotzdem sind die Geber noch immer weit von ihrem Versprechen gegenüber den UN entfernt, 0,7 Prozent ihres BNE für ODA auszugeben. Der Anteil betrug 2015 für alle DAC-Mitglieder zusammen nur 0,3 Prozent. Nur wenige Länder erreichten oder übertrafen das 0,7-Prozent-Ziel: Dänemark, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Schweden und Britannien. Deutschlands ODA-Quote lag bei 0,5 Prozent – gegenüber 0,4 Prozent im Vorjahr.

Nach Angaben der OECD floss die meiste Gesamtentwicklungshilfe, die auch nicht DAC-Mitglieder und multilaterale Geber einschließt, mit 4,9 Milliarden Dollar nach Syrien. Danach folgten Afghanistan mit 4,3 Milliarden Dollar und Pakistan mit 3,8 Milliarden Dollar. Äthiopien und Indien erhielten jeweils 3,2 Milliarden Dollar. Die Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (least developed countries – LDC) bekam insgesamt 43 Milliarden Dollar, und die gesamte ODA für Subsahara-Afrika betrug 42,8 Milliarden Dollar.

LINK

ODA-Zahlen 2015 des OECD-Ausschusses für Entwicklungshilfe:
www.oecd.org/dac/financing-sustainable-development/development-finance-data/final-2015-oda.htm

Marshallplan mit Afrika

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller, verfolgt eine neue Vision für die künftige Zusammenarbeit mit den Ländern Afrikas: einen „Marshallplan mit Afrika“. Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik sind zur Diskussion aufgerufen.

Von Sabine Balk

Als Hauptneuerung sollen nach Idee Müllers reformorientierte Partnerländer stärker als bisher unterstützt werden. 20 Prozent der deutschen ODA (Official Development Assistance – Entwicklungshilfe) will er zusätzlich in die Entwicklung dieser „Reformchampions“ investieren. Die Entwicklungspolitik werde so Anreize für eine eigenverantwortlich gestaltete, nachhaltige Entwicklung setzen. Müller erklärt: „Wer Korruption bekämpft, Steuersysteme aufbaut, in Bildung investiert und auf die Gleichberechtigung der Geschlechter setzt, kann mit mehr Unterstützung von uns rechnen.“

Nach Ansicht des Ministers ist Entwicklungspolitik allein aber nicht die Lösung. Afrika brauche Jobs, die nur die Wirtschaft schaffen könne: „Wertschöpfung vor Ort statt Ausbeutung. Die Chancen in Afrika sind riesig, gerade auch für die deutsche Wirtschaft.“

2017 sei ein entscheidendes Jahr für die Afrikapolitik, denn die Europäische Union arbeite an einem neuen Afrikakonzept. Außerdem sei Afrika Schwerpunkt der deutschen G20-Präsidentschaft. Dabei gehe es laut Müller auch um die Bekämpfung illegaler Finanzströme. Durch diese entgingen den Entwicklungsländern jährlich bis zu 100 Milliarden Dollar.

Für den Marshallplan stellte das Ministerium zehn Eckpunkte auf:

1. Wir brauchen jetzt einen neuen Zukunftsvertrag mit Afrika.
2. Afrika braucht afrikanische Lösungen.
3. Vorfahrt für Jobs und Chancen für die Jugend – Afrikas Jugend muss eine Zukunft in Afrika haben.
4. Investitionen für unternehmerische Entfaltung – Jobs schafft auf Dauer und im

erforderlichen Umfang nicht der Staat, sondern die private Wirtschaft.

5. Wertschöpfung statt Ausbeutung – Afrika muss mehr sein, als der Kontinent der Rohstoffe.

6. Politische Rahmenbedingungen fördern und fordern – Rechtsstaatlichkeit, politische Teilhabe von Männern und Frauen sowie eine effiziente Verwaltung frei von Korruption sind Grundlage für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.

7. Reformpartnerschaften statt Gießkannenprinzip – Mit der Agenda 2063 haben sich die Mitglieder der Afrikanischen Union zu konkreten Reformen bekannt. Wir nehmen Afrika beim Wort.

8. Ein gerechter globaler Ordnungsrahmen – Reformen in Afrika müssen durch Reformen in Europa und auf globaler Ebene ergänzt werden: Dazu zählen insbesondere ein gerechter Handel, der Kampf gegen illegale Finanzströme und der Stopp von Waffentlieferungen in Krisengebiete.

9. Staatliche Entwicklungsgelder (ODA) allein sind nicht die Lösung – stattdessen sollen diese Mittel zukünftig stärker Antreiber und Förderer privater Investitionen sein.

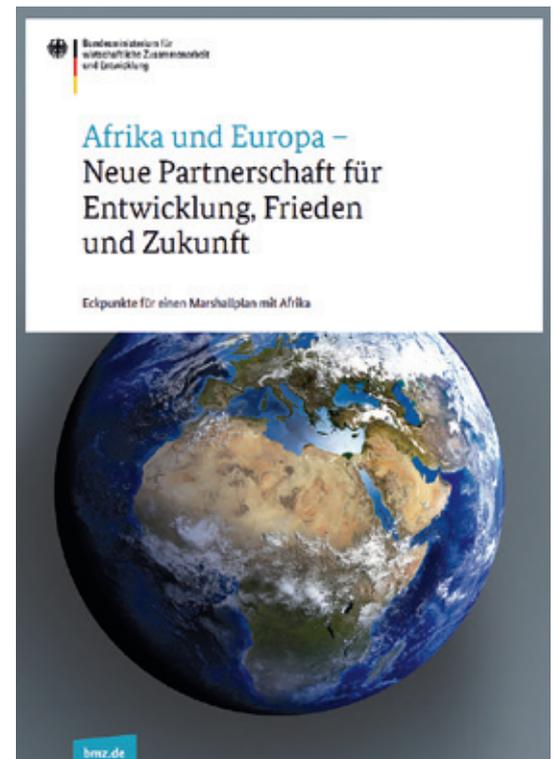
10. Wir lassen niemanden zurück – Deutschland steht zu seiner Mitverantwortung gegenüber den am wenigsten entwickelten Ländern.

Diese Eckpunkte sollen den Beginn einer Diskussion über die zukünftige Zusammenarbeit mit dem Kontinent in Gang setzen. Die afrikanischen und europäischen Partner der deutschen Entwicklungspolitik, aber auch Wirtschaft, Wissenschaft, Kirchen und Politik sind eingeladen, die Vorschläge und Lösungsansätze zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Das Bundesentwicklungsministerium wird dazu eine Vielzahl an Veranstaltungen anbieten und lädt alle Interessierten zu einem Online-Dialog ein. Mehr dazu unter www.marshallplan-mit-afrika.de.

LINK

Afrika und Europa – Neue Partnerschaft für Entwicklung, Frieden und Zukunft. Eckpunkte für einen Marshallplan mit Afrika:

http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/Materialie310_Afrika_Marshallplan.pdf



MINDERHEITEN

Ethnische Säuberung

Die Situation der Rohingya in Myanmar hat sich deutlich verschärft. Menschenrechtsorganisationen werfen Sicherheitskräften ethnische Säuberung vor, und Zehntausende sind auf der Flucht. Hoffnungen auf eine Entspannung der Lage unter der neuen Regierung wurden bitter enttäuscht.

Von Katja Dombrowski

Im Oktober 2016 gab es drei koordinierte Überfälle auf myanmarische Grenzposten an der Grenze zu Bangladesch, bei denen neun Polizisten getötet und zahlreiche Waffen gestohlen wurden. Die Überfälle werden radikalisierten Angehörigen der muslimischen Minderheit der Rohingya zur Last gelegt. Seitdem ist die Lage eskaliert. Die Sicherheitskräfte schlugen brutal zurück, Medienberichten zufolge starben mehr als 80 Menschen. Außerdem erklärten sie die Gegend um die Grenzstadt Maungdaw zum Kriegsgebiet und verhängten eine Ausgangssperre. Journalisten, Menschenrechtlern und humanitären Helfern ist der Zugang verwehrt. Geflüchtete berichten von Morden, Vergewaltigungen, Verhaftungen, Folter und der Zerstörung von Wohnhäusern und anderen Gebäuden.

Menschenrechtsorganisationen werfen Myanmar ethnische Säuberungen und einen schleichenden Genozid vor. UN-Menschenrechtskommissar Said Raad al-Husein erklärte Mitte Dezember, der Umgang mit den Rohingya sei eine Lehre dafür, wie man bereits schlechte Situationen noch schlimmer mache. Die UN erhielten jeden Tag Berichte über Tötungen und Vergewaltigungen durch Sicherheitskräfte. Auch der bisher nicht gewährte Zugang von UN-Mitarbeitern zu der Region lasse Schlimmes erahnen.

Die Rohingya werden in dem mehrheitlich buddhistischen Land seit langem diskriminiert; ihnen werden die Staatsbürgerschaft und grundlegende Rechte verweigert (siehe auch Ridwanul Hoque in E+Z/D+C e-Paper 2016/04, S. 42, und Katja Dombrowski in E+Z/D+C e-Paper 2015/12, S. 4).

Zehntausende sind auf der Flucht. In den letzten drei Monaten des vergangenen Jahres suchten nach offiziellen Angaben aus Bangladesch 50 000 Menschen in dem Nachbarland Schutz, weitere 30 000 wurden nach UN-Angaben intern vertrieben. Seit gewaltsame Unruhen 2012 aufflammten, leben rund 140 000 Rohingya in Lagern und Gettos im westlichen Bundesstaat

Rakhine. Viele flüchteten in Nachbarländer, wo sie oft ebenfalls unter unmenschlichen Bedingungen leben. Der Exodus von rund 30 000 Menschen aus Myanmar auf dem Seeweg löste 2015 eine Flüchtlingskrise in Südostasien aus.

Amnesty International kritisiert, dass Bangladesch die meisten Rohingya festnehme und unter Zwang zurückschicke. Damit verstoße das Land gegen internationale Menschenrechtsprinzipien. „Die bangladeschische Regierung darf das Leiden der Rohingya nicht vergrößern. Sie sollten als Flüchtlinge anerkannt und geschützt werden [...] und nicht dafür bestraft, wer sie sind“, erklärte Champa Patel, Leiterin der Abteilung Südasiens bei Amnesty International.

Mehr als ein Dutzend Friedensnobelpreisträger forderten den UN-Sicherheitsrat in einem offenen Brief zum Einschreiten in Myanmar auf. Gleichzeitig kritisierten sie ihre Mitpreisträgerin Aung San Suu Kyi, deren Partei seit einem Jahr an der Macht ist. Viele hatten große Hoffnungen in die neue Führung gesetzt, auch was den Umgang mit ethnischen Minderheiten betrifft. Diese Hoffnungen wurden bitter enttäuscht.

Offiziell ist eine im August 2016 von Myanmars Regierung eingesetzte neunköpfige Kommission unter der Leitung des ehemaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan mit der Lösung des Rakhine-Konflikts betraut. Sie soll innerhalb eines Jahres Vorschläge erarbeiten. Laut Christina Grein, der Koordinatorin der Burma-Initiative der Stiftung Asienhaus, steht die Unabhängigkeit dieses Beratungsgremiums jedoch in Frage, und sie sei mit ihren Empfehlungen an die aktuelle Gesetzeslage gebunden. Ein Rohingya gehöre der Kommission ebenfalls nicht an.

LINKS

Amnesty International: Bangladesh pushes back Rohingya refugees amid collective punishment in Myanmar, 24 November 2016.
<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2016/11/bangladesh-pushes-back-rohingya-refugees-amid-collective-punishment-in-myanmar/>

Blickwechsel 13/2016:

Menschenrechtsverletzungen in Myanmars Rakhine-Staat: Terrorismusbekämpfung als Vorwand für militärische „Säuberungsaktion“?
http://www.asienhaus.de/uploads/tx_news/2016_DEZ_Blickwechsel_Rakhine.pdf



In Maungdaw im Bundesstaat Rakhine wurden viele Häuser der Rohingya zerstört.

KOLONIALVERGANGENHEIT

Die dunkle Seite der europäischen Aufklärung

Achille Mbembe äußert harte Kritik an Europa – aber der Intellektuelle aus Kamerun betont, er sei nicht antieuropäisch. Er fordere nur, dass die früheren Kolonialmächte die Versprechen der Aufklärung erfüllen.

Von Hans Dembowski

Mbembes Vision ist „afropolitanisch“. Mit diesem Begriff verbindet er die Einhaltung der Menschenrechte und Chancen für alle Afrikaner, das öffentliche Leben zu prägen. Der Philosoph lehnt Denken in Opferrollen ab. Er zeichnet auch kein romantisches Bild

erzwungen, heute freiwillig) und Migration nach Afrika (besonders während der kolonialen Eroberungen) prägen ihm zufolge alle beteiligten Länder bis heute – unter anderem durch Rassismus. Die Vorstellung, dass alle Menschen in Afrika dasselbe Recht wie alle andern Erdenbürger haben, ein selbstbestimmtes, zielgerichtetes Leben zu führen, sei immer noch nicht selbstverständlich. Aus seiner Sicht ist die europäische Aufklärung keine historische Leistung, sondern ein unerfülltes Versprechen.

Doppelmoral war für die Kolonialmächte typisch. Europäische Philosophen schufen

sehen wurden und dass Leben, Freiheit und das Streben nach Glück zu diesen Rechten gehören.“ Jefferson war jedoch Sklavenhalter. Mbembe stellt klar, dass die USA erst im Jahrhundert danach in einem blutigen Bürgerkrieg die Sklaverei abschafften und Rassismus die Gesellschaft bis heute prägt.

Die europäischen Mächte waren nicht besser, wie Mbembe betont. Ihr Umgang mit schwarzen Menschen habe nie ihrer Aufklärung entsprochen.

Mbembe hat starke Argumente, allerdings bleiben manche Metaphern recht mehrdeutig. Seine Gedanken sind interessant, aber er macht keine konkreten Politikvorschläge. Dennoch verdient er Aufmerksamkeit in Europa.

Uns Europäern ist allzu oft nicht bewusst, dass westliche Diskurse über gute Regierungsführung und Menschenrechte auf Afrikaner oder Asiaten unglaublich unwirksam wirken. Wir denken, Rassismus und Kolonialismus gehörten nicht mehr in unsere kosmopolitische Zeit. Wenn Europäer mit Afrikanern über Menschenrechte reden, denken sie meist an Dinge wie Meinungs-, Versammlungs- und Assoziierungsfreiheit, ohne zu merken, dass unsere Gesprächspartner an ertrinkende Flüchtlinge im Mittelmeer denken. In diesem Kontext ist ermutigend, dass Mbembe betont, er sei nicht antieuropäisch eingestellt, sondern wolle nur, dass Europa seinen eigenen Ansprüchen gerecht werde.

Seine Obsession mit Europa scheint aber etwas übertrieben. Auf Deutsch hat sein Buch 300 Seiten. Davon behandeln 100 Seiten Frankreich. Ein Drittel des Essays beschäftigt sich also nicht, wie der Untertitel verspricht, mit dem „entkolonialisierten Afrika“, sondern mit dem postkolonialen Frankreich. Es stimmt natürlich, dass afrikanische und europäische Geschichte eng zusammenhängen und nur im gemeinsamen Kontext zu verstehen sind. Europäische Defizite zu betonen trägt aber nicht viel dazu bei, afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme zu finden. Daran, dass das nötig ist, lässt Mbembe selbst keinen Zweifel – und verweist auch gleich darauf, dass Europas Einfluss schwinde.

BUCH

Mbembe, A., 2016: Ausgang aus der langen Nacht – Versuch über ein entkolonialisiertes Afrika. Berlin: Suhrkamp. (Französisches Original: Sortir de la grande nuit – essai sur l'Afrique décolonisée. Paris: La Découverte, 2010).



Postkoloniale Pracht in Senegals Hauptstadt Dakar.

von Afrika, sondern benennt alle Schwächen von Armut über Ausbeutung bis hin zu Gewalt. Er lebt im multikulturellen Südafrika, das, wie er schreibt, von den Ländern des Erdteils seiner Vision am nächsten komme. Bürgerkriegsländer seien am weitesten davon entfernt.

Mbembes Buch „Ausgang aus der langen Nacht“ ist 2016 auf Deutsch erschienen. Das französische Original ist sechs Jahre älter. Mbembe schreibt darin, Afrikas Geschichte sei eng verknüpft mit der anderer Kontinente. Migration aus Afrika (früher

die Aufklärung, während ihre Länder Sklavenhandel betrieben und dann Weltreiche errichteten, in denen Menschen mit dunklen Hautfarben ihrer Rechte beraubt und ausgebeutet wurden. Die Imperialisten predigten Zivilisation und nährten den Rassismus.

Ein Beispiel für derartige Doppelmoral war Thomas Jefferson, der Hauptautor der Unabhängigkeitserklärung der USA. In dem Dokument heißt es: „Wir halten für selbstverständliche Wahrheiten, dass alle Menschen gleich erschaffen wurden, dass sie von ihrem Schöpfer mit unveräußerlichen Rechten ver-

NIGERIA

Ein Land am Abgrund



Eine Mutter füttert ihr unterernährtes Kind in einer Krankenstation von Ärzten ohne Grenzen in Maiduguri, Nigeria.

Das wirtschaftlich starke Nigeria galt lange als Hoffnungsträger in Afrika. Seit einigen Jahren hat das Land aber mit gewaltigen Krisen zu kämpfen. Ohne Unterstützung von außen droht der bevölkerungsreichste Staat des Kontinents „aus den Fugen zu geraten“, urteilt Wolf Kinzel von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in einer Kurzstudie.

Von Sabine Balk

Der Wissenschaftler war als Fregattenkapitän von 2013 bis 2016 stellvertretender Militärattaché an der deutschen Botschaft in Nigeria. Er macht vier Krisenherde aus:

- Die Bedrohung durch die islamistische Terrorgruppe Boko Haram im Nordosten, die eine Hungerkatastrophe in der Region ausgelöst hat,
- Sabotageakte im Niger-Delta gegen die Ölproduktion,
- den schwelenden Konflikt zwischen Ackerbauern und Viehhirten im so genannten Middle Belt und
- die Unabhängigkeitsbestrebungen Biafras im Südosten.

Boko Haram hat nach Einschätzung des Autors zwar an Einfluss verloren, aber die Terrorgruppe agiere weiter. Dass Boko Haram technisch besiegt sei, wie Nigerias Präsident Muhammadu Buhari im Dezember 2015 verkündet hatte, zweifelt Kinzel an. Boko Haram habe sich in zwei Fraktio-

nen gespalten, wovon ein Flügel sich in die Ursprungsgebiete im Nordosten zurückgezogen habe und dort vorwiegend die Zivilbevölkerung mit Bombenanschlägen, Selbstmordattentaten und Raubüberfällen drangsalieren. Der andere Flügel richte seine Angriffe eher gegen staatliche Stellen, Kirchen, Ausländer und internationale Organisationen. Er folgt laut Kinzel damit der Strategie von ISIS.

„Aufgrund der desaströsen Sicherheitslage ist die Agrarwirtschaft und die Nahrungsmittelversorgung im Nordosten Nigerias fast zusammengebrochen“, schreibt der Autor. Laut UNICEF sind mehr als 4 Millionen Menschen von einer akuten Hungersnot bedroht und 2,6 Millionen Menschen innerhalb des Landes auf der Flucht. Verglichen mit 2009, als die Radikalisierung von Boko Haram begann, sei die Situation für die Menschen in der Region heute noch schlimmer als damals, urteilt der SWP-Experte. Wenn man bedenke, dass die genannten Missstände das Entstehen von Boko Haram förderten, werde deutlich, wie brisant die Lage bleibe. Auch das Problem der Binnenflüchtlinge sei laut Kinzel nicht zu unterschätzen. Noch seien sie zu arm, um nach Europa zu fliehen, doch schon jetzt seien Nigerianer die größte Gruppe der in Italien ankommenden Flüchtlinge.

Die Konflikte im Niger-Delta sind ganz anderer Natur, aber auch sie schwächen den

Staat. Dort gibt es laut Kinzel verschiedene Akteure, die mit Anschlägen auf die Ölförderinstallationen und Pipelines eine stärkere Beteiligung an den Öleinnahmen fordern. Die Lage und die Verbindungen der Gruppen untereinander sei unübersichtlich. Das Spektrum reiche von kriminellen Banden, die Beute machen wollten, bis hin zu politischen Bewegungen, die wirklich für eine Verbesserung der Lebensumstände kämpften. Die nigerianische Regierung bemühe sich mit verschiedenen militärischen Operationen, der Lage Herr zu werden. Neue Strategie sei seit 2016 eine Einbeziehung der Zivilbevölkerung, deren Perspektiven mit dem Bau von Schulen und medizinischen Einrichtungen verbessert werden sollen. Der Autor zweifelt allerdings daran, dass die Regierung dies angesichts der schwierigen finanziellen Lage wirklich umsetzt.

In der Mitte des Landes schwelt seit Jahrzehnten ein Konflikt zwischen nomadisierenden Viehhirten und sesshaften Farmern. Bei gewaltsamen Auseinandersetzungen gab es seit 2014 weit über 1000 Tote, erklärt Kinzel, der als Ursache dafür die Verknappung der Ressourcen infolge des Klimawandels in Verbindung mit steigenden Bevölkerungszahlen sieht. Die weitgehende Abwesenheit von Staatlichkeit habe auf beiden Seiten zu einer zunehmenden Bewaffnung geführt. Ähnliche Konflikte gibt es in verschiedenen Ländern südlich der Sahara wie etwa im Tschad (siehe Beitrag von Djeralar Miankeol in E+Z/D+C e-Paper 2015/07, S. 24).

Als Ausweg aus der Krise benötige Nigeria schnelle, umfangreiche und vor allem langfristige Hilfe, urteilt der Experte. Der niedrige Ölpreis und die folglich abnehmenden Staatseinnahmen verschärften die genannten Krisen. Deutschland sollte nach Meinung Kinzels die nigerianische Polizei und die Streitkräfte unterstützen etwa beim Thema „Crowd and Riot Control“, also dem Eindämmen von gewaltsamen Konflikten. Eine fundierte Ausbildung könnte dazu beitragen, dass Polizei und Soldaten als verlässliche Staatsdiener auftreten und so das Vertrauen und den Respekt der Bevölkerung gewinnen.

LINK

Kinzel, W., 2016: Nigeria wankt – nicht nur wegen Boko Haram.

https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2016A80_kzl.pdf

KLIMAWANDEL

An die Armen denken

Die Auswirkungen von Wirbelstürmen und Dürren werden schlimmer. Deshalb müssen sich betroffene Länder aus Sicht der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB – Asian Development Bank) auf wirtschaftliche Rückschläge einstellen. Um Länder auf wachsende Risiken einzustellen, werden sowohl kurz- als auch langfristige Strategien empfohlen.

Von Hans Dembowski

In einem Arbeitspapier von Ende 2016 untersuchen die ADB-Fachleute Emmanuel Alano und Minsoo Lee die makroökonomischen Konsequenzen von Naturkatastrophen. Sie konzentrieren sich auf Wirbelstürme und Dürren. Sie zeigen, dass Extremwetterlagen Landwirtschaft und Tourismus schaden und so „Jahre des Entwicklungsfortschritts zurückdrehen und Ungleichheit verschlimmern“ können.

Wirbelstürme reduzieren das Wirtschaftswachstum um bis zu drei Prozentpunkte, wie es in dem Dokument heißt. Falls ein Land auf einen niedrigeren Wach-

tumspfad gerate, werde der Rückschlag nie aufgeholt. Die Autoren räumen ein, die Wirtschaftsentwicklung könne beschleunigt werden, wenn die neugeschaffene Infrastruktur besser als die alte sei. Sie warnen aber, dass es meist zwei Jahrzehnte dauere, bis ein Land sich von einem Zyklon ganz erhole.

Manche Stürme sind tatsächlich verheerend. Der ADB zufolge hat Zyklon Winston im Februar 2016 in Fidschi Schäden im Wert von 500 Millionen Dollar oder elf Prozent des Bruttoinlandsprodukts angerichtet. Obendrein seien ein Viertel der Tourismusbuchungen sofort storniert worden.

Eine Dürre senkt in der Regel das Wirtschaftswachstum um einen Prozentpunkt, schreiben die Autoren. Zudem verschlechterten höhere Temperaturen die Produktivität der Landwirtschaft, sodass die Armut im ländliche Raum zunehme.

Die ADB-Experten machen verschiedene Vorschläge, um den Risiken zu begegnen. Dazu gehören Urbanisierung, der Bau klimaresistenter Infrastruktur sowie die Etablierung besserer Systeme, um früh vor

Katastrophen zu warnen und im Ernstfall auf sie zu reagieren. Diversifizierte Ökonomien kämen mit Härten besser zurecht als solche, die vor allem auf Landwirtschaft und vielleicht Tourismus beruhten. Bauern könnten ihre komplette Ernte verlieren. Andere Wirtschaftszweige kämen schneller wieder auf die Beine. Die Autoren befürworten Urbanisierung, weil sie mit mehr Vielfalt, höheren Löhnen und generell mehr Chancen einhergehe.

Dem Working Paper zufolge kann internationale Nothilfe ein Stück weit Katastrophenschäden ausgleichen. Allerdings werde das angesichts steigender Desaster-schäden langfristig nicht reichen. Obendrein reduziere Nothilfe die Anreize, in Klimaanpassung zu investieren.

Die ADB-Fachleute befürworten multilaterale Konzepte des Risikomanagements. Sie nennen beispielsweise das Geschäftsmodell der Caribbean Catastrophe Risk Insurance Facility (CCRIF) kopierenswert. CCRIF ist eine multilaterale Versicherung. Sie kassiert Prämien von Regierungen, die als Gegenleistung im Notfall sofort Geld bekommen. 2016 zahlte CCRIF beispielsweise der Regierung von Haiti fast 20 Millionen Dollar, nachdem Hurricane Matthew den Inselstaat verwüstet hatte. Weitere 9 Millionen Dollar flossen an andere karibische Regierungen (siehe E+Z/D+C e-Paper 2016/12, S. 20).

Die ADB-Publikation führt aus, dass soziale Sicherungssysteme in wohlhabenden Nationen in Katastrophen nützlich sind. In armen Ländern fehlen solche Systeme, und das sei ein „Anpassungsdefizit“. Die Autoren stellen klar, dass die Politik soziale Ungleichheit beachten muss: „Da die Armen am meisten unter Naturkatastrophen leiden, müssen Anpassungskonzepte auf Dinge wie Umsiedlung, widerstandsfähige Infrastruktur, innovative klimafeste Nutzpflanzen und die Auszahlung von Staatsmitteln sowie auf nachhaltigere Methoden der Vorsorge und Risikostreuung wie Katastrophenversicherungen ausgerichtet werden.“



Die Schäden, die Zyklon Winston in Fidschi verursachte, entsprachen elf Prozent der nationalen Wirtschaftsleistung.

LINK

Alano, E., and Lee, M., 2016: Natural disaster shocks and macroeconomic growth in Asia. ADB Economics Working Paper Series No. 503. <https://www.adb.org/sites/default/files/publication/218461/ewp-503.pdf>

Angst vor neuer Hyperinflation

Mike Bere betrachtet den grünen Zwei-Dollar-Schein, den Simbawes Zentralbank vor kurzem eingeführt hat, und schüttelt den Kopf. „Ich werde diese Scheine akzeptieren, solange sie funktionieren, aber ich will nicht mehr als 20 Dollar davon besitzen. Ich vertraue ihnen nicht“, erklärt der 37-Jährige. Er musste mehr als drei Stunden bei der Bank anstehen, um 50 Dollar abzuheben, und erhielt 30 Dollar in US-Dollarnoten und 20 in simbawischen Schuldscheinen.

Die Regierung Simbawes führte diese umstrittene Quasiwährung Ende November ungeachtet großer öffentlicher Proteste ein, um dem Bargeldmangel im Land etwas entgegenzusetzen. Es gibt die Schuldscheine in Zwei-Dollar- und Fünf-Dollar-Scheinen. Die Regierung verspricht, dass ihr Wert an den US-Dollar gebunden bleibt.

Notenbank-Chef John Mangudya zufolge sind die Schuldscheine mit Devisenreserven abgesichert. Staatliche Medien schreiben, der Schritt solle das Horten von Bargeld beenden und das Land unabhängiger von ausländischen Währungen machen.

Simbabwe ist ein besonderer Fall, denn das Land hat keine eigene Währung mehr. Wegen der Hyperinflation wurde An-

fang dieses Jahrhunderts der Gebrauch ausländischer Währungen eingeführt. Die mit Abstand größte Bedeutung hat der US-Dollar, er macht rund 97 Prozent des Geldes im Umlauf aus. Es werden aber auch südafrikanische Rand, Euro und britische Pfund akzeptiert.

Die Einführung von Schuldscheinen verunsichert nun die Menschen. Viele erinnern sich mit Schrecken daran, wie sie 2008/2009 aufgrund dramatisch gestiegener Preise ihr gesamtes Ersparnis verloren haben. Die Regierung betrieb Misswirtschaft und druckte immer mehr Geld. Schließlich waren 100 Billionen Simbabwe-Dollar so wenig wert, dass man mit ihnen nicht einmal einen Laib Brot kaufen konnte.

Deshalb werden nun auch die Schuldscheine mit Argwohn betrachtet. Viele Simbawer bezweifeln, dass die Regierung das neue System gut managen kann, und befürchten, dass die Gelddruckmaschinen bald wieder auf Hochtouren laufen werden und die Hyperinflation zurückkehrt.

Um Widerstände abzubauen, fährt die Zentralbank derzeit eine große PR-Kampagne. Bisher hat sie Schuldscheine im Wert von 75 Millionen Dollar ausgegeben. Die Menschen trauen der Sache aber nicht und heben so viel Geld wie möglich von den Banken ab. Für die Schuldscheine wurde eine Obergrenze von 50 Dollar pro Tag und 150 Dollar pro Woche festgelegt, die jeder maximal abheben darf. Überall im Land bilden sich täglich lange Schlangen vor den Banken.

„Wir sind ein komisches Land, das ständig die Regeln umschreibt“, sagt ein Mann, der in gleißender Sonne Schlange steht, um einen Bruchteil seines Geldes abzuheben. „Wir erleben im Moment einen riesigen Betrug. Wer kann einfach Papier bedrucken und dessen Wert festlegen?“, fragt Claude Chauke, ein Gemüseverkäufer aus Simbawes Hauptstadt Harare.



CHIEF K. MASIMBA BIRIWASHA
ist Online-Journalist in Harare, Simbabwe.
biriwasha.m@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
58. Jg. 2017
Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.
Internet: www.DandC.eu
D 12 104 ISSN 0721-2178

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
<http://www.engagement-global.de>

BEIRAT:
Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,
Prof. Dr. Dirk Messner, Petra Pinzler, Hugh Williamson

VERLAG:
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Geschäftsführer:
Oliver Rohloff

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:
Frankenallee 71-81
D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:
Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Sabine Balk,
Katja Dombrowski, Sheila Mysorekar, Eva-Maria Verfürth,
Dagmar Wolf (Assistentin)
Tel. (0 69) 75 01-43 66,
Fax (0 69) 75 01-48 55,
euz.editor@fs-medien.de
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die Frankfurter Societät GmbH.
Art direction: Sebastian Schöpsdau, Layout: Nina Hegemann
Übersetzung: Eleonore von Bothmer, Carola Torti

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:
Frankfurter Societäts-Medien GmbH,
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fs-medien@intime-media-services.de

DRUCK:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4-6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Der auszugsweise oder vollständige Nachdruck der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und in D+C Development and Cooperation veröffentlichten Beiträge ist mit Quellenangaben gestattet. Wir bitten jedoch um Übersendung von jeweils zwei Belegexemplaren. Diese pauschale Genehmigung bezieht sich nicht auf die im Blatt verwendeten Fotografien.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.



WIRTSCHAFTSPOLITIK

Unsichere Zukunft

Jugendarbeitslosigkeit ist ein großes Problem in Sambia. Fast zwei Drittel der arbeitsfähigen Bevölkerung sind junge Leute, und fast ein Viertel von ihnen ist laut Schätzung der Weltbank arbeitslos. Den Betroffenen fehlt es an Schul- und beruflicher Ausbildung. Wenn sich die Lage nicht verbessert, sieht die Zukunft düster aus.

Von Frank Masanta Jr.

Nur ein kleiner Teil der jungen Arbeitnehmer bekommt einen Job im öffentlichen Dienst. Formelle Anstellungen sind allgemein rar. Die Privatwirtschaft lahm, nicht zuletzt wegen Stromausfällen und hohen Energiepreisen. Etwa 9000 formelle Arbeitsplätze fielen vergangenes Jahr weg und die Inflation ist mit 20 Prozent sehr hoch. Die jungen Leute, die eine Arbeit finden, machen meist informelle Jobs als Kellner, Taxifahrer oder Friseur.

Kriminalität und Drogenmissbrauch florieren. Viele Jugendliche brechen die Schule ab. Darüber hinaus kommt es in dieser Generation häufig zu frühen Ehen und Geburten sowie zu HIV/Aids-Infektionen. Eine hohe Anzahl von wirtschaftlich frustrierten Jugendlichen kann zu Instabilität führen. Die Präsidentschaftswahlen 2016 in Sambia gingen mit Gewalt einher. Politiker missbrauchten arme und arbeitslose Jugendliche, die als Partisanenhooligans auftraten. Das hat es im unabhängigen Sambia noch nie gegeben. Sambias Regierung hat versprochen, Arbeitsplätze zu schaffen – allen voran für junge Leute. Bisher hat diese Initiative noch nicht zum gewünschten Erfolg geführt.

Sambia hat die Agenda 2030 mit den Sustainable Development Goals (SDGs) unterzeichnet. Die Regierung hat außerdem ihre eigene Vision für 2030 entwickelt mit dem Ziel, ein prosperierendes Land mittleren Einkommens zu werden. Die Hauptziele sind:

- nachhaltige Entwicklung,
- Demokratie,
- Menschenrechte,
- Wert der Familie,



Junge Sambier brauchen Chancen: Armenviertel in der Hauptstadt Lusaka.

- Arbeitsethos,
- friedliches Miteinander und
- Hochhalten guter traditioneller Werte.

Diese Prinzipien sind sinnvoll, es muss aber mehr geschehen. Beispielsweise muss das Bevölkerungswachstum eingedämmt werden. Ein demografisches Gleichgewicht ist wichtig. Schnelles Bevölkerungswachstum bedeutet zukünftige Probleme. Außerdem ist es nötig, die ökonomische Entwicklung in Gang zu setzen.

Wichtige Aspekte sind:

- Landwirtschaft: Kein Land ist je der Armut entkommen, ohne die landwirtschaftliche Produktion nachhaltig zu steigern. Die Nahrungsmittelproduktion ist wichtig, damit Menschen gesund und produktiv sein können. Im Bezug auf Arbeit und Lebensunterhalt ist die Landwirtschaft wichtiger als jeder andere Bereich in Sambia. Künstliche Bewässerung und Technisierung würden die Erträge steigern. Nützlich wären auch ein besserer Zugang zu Finanzdienstleistungen und zu Märkten. Außerdem wäre es sinnvoll, Nahrungsmittel vor Ort zu verarbeiten. Steuerbefreiungen sollten diese ländliche Entwicklung unterstützen. Außerdem sollten junge Leute Land bekommen, dann würden durch den Ernteprozess und zusätzliche Serviceleistungen Jobs auf dem Land entstehen, und es würden Kredite zum Beispiel an Farmen vergeben.
- Informations- und Kommunikationstechnologie: Sambia muss ein Telefonnetz aufbauen und Unternehmertum fördern.
- Wissenschaft und Technik: Wie viele afrikanische Länder muss Sambia die akademische Bildung, Forschung und Entwicklung verbessern. Sonst kann der Kontinent

nicht das Beste aus seinen reichen natürlichen Ressourcen machen. Es wird ein Rohstofflieferant bleiben anstatt Produkte mit Wert zu produzieren. Diese Situation zu verbessern wird neue und attraktive Möglichkeiten für intelligente junge Leute schaffen, denen bisher gute Berufschancen verwehrt sind.

- Unternehmertum: Das wichtigste und nachhaltigste Mittel, um Jobs zu schaffen, ist, Unternehmertum zu fördern. Eine der vielen Devisen lautet „die Fähigkeit, Schmutz in Gold zu verwandeln“. Für Unternehmer können Probleme einen Vorteil bedeuten, denn sie können ihren Gewinn mit den angebotenen Lösungen machen.

Generell sollte das Ziel sein, die Denkweise und die Kultur der jungen Leute zu ändern. Bildung und Motivation sind entscheidend – wenn diese dazu führen, dass eine ausreichende Zahl von ihnen erfolgreiche Unternehmer werden, können diese Menschen die Beschäftigungssituation für viele verbessern. Fantasie, Inspiration, Kreativität, Leidenschaft und das Streben nach Glück sind dabei entscheidend. Der Staat muss sicher seinen Teil dazu tun, aber es ist falsch, nur darauf zu warten, dass er handelt. Die Menschen müssen für ihre eigenes Wohlbefinden kämpfen – das muss den jungen Leuten beigebracht werden.



FRANK MASANTA JR.
ist ein Kinder- und
Jugendaktivist in Sambia.
Er hat 2011 die Sun-
spring Charity School in

einem Armenviertel von Lusaka gegründet.
frankmasanta.jr@gmail.com

AMTSFÜHRUNG

Gutes Vorbild



Kollegialer Druck: Vier gewählte Präsidenten (aus Nigeria, Liberia, Sierra Leone und Ghana) besuchten im Dezember Gambias abgewählten Staatschef Jammeh und sagten ihm, er müsse abtreten.

Die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS – Economic Community of West African States) wird immer mehr zum demokratischen Leuchtturm Afrikas. Andere Regionalorganisationen des Kontinents sollten sich das zum Vorbild nehmen.

Von Hans Dembowski

In den vergangenen Jahren erfolgten in vielen ECOWAS-Ländern – darunter Nigeria, Ghana und Senegal – friedliche Machtwechsel. Die Spitzenpolitiker der Region achten nun auf die demokratische Legitimation ihrer Partner. Sie kooperierten auch mit dem französischen Militär, um in Côte d'Ivoire und Mali nach schweren Staatskrisen wieder Wahlen möglich zu machen.

In den vergangenen zwei Monaten machte die ECOWAS nun erheblichen Druck auf Yahya Jammeh, den autokrati-

schen Präsidenten von Gambia, der trotz Wahlniederlage nicht aus dem Amt scheiden wollte. Angesichts einer bevorstehenden militärischen Intervention entschied sich Jammeh dann Ende Januar doch für das Exil in Äquatorialguinea.

Dieser westafrikanische Ansatz dient der Stabilität mehr als die kollegiale Unterstützung für Autokraten, die anderswo auf dem Erdteil leider üblich ist. Unter autoritärer Herrschaft wachsen Unzufriedenheit und Zorn, und die Amtsführung bleibt entsprechend repressiv. Dieser Teufelskreis lässt immer mehr Menschen denken, Gewalt sei ein gerechtfertigtes und sogar das einzige Mittel der Konfliktlösung.

Drei Dinge haben vermutlich dazu beigetragen, dass ECOWAS nun demokratische Prinzipien hochhält:

- Die Bürgerkriege in Liberia und Sierra Leone waren miteinander verflochten und dauerten Jahrzehnte. ECOWAS und die UN

wurden mit hineingezogen. Alle Beteiligten erlebten, dass die Krise einer Teilregion schließlich die ganze Region betraf, und dass es sinnvoll ist, solche Krisen gleich einzudämmen und möglichst ganz zu verhindern. Westafrika hat viele heftige Krisen erlebt – vom Biafrakrieg Ende der 1960er-Jahre in Nigeria über den Staatskollaps der Côte d'Ivoire bis hin zum Boko-Haram-Terror heute. Seit geraumer Zeit stellen sich westafrikanische Spitzenpolitiker der Verantwortung für westafrikanische Probleme.

- Das liegt sicherlich auch daran, dass viele Länder der Region – und vor allem die großen – schon seit mehr als 50 Jahren unabhängig sind. Zwei Generationen wuchsen seither unter afrikanischen Regierungen auf. Je länger die Kolonialzeit her ist, desto weniger plausibel ist es, fremde Mächte für die eigenen Probleme verantwortlich zu machen.

- Relevant ist zudem sicherlich, dass die großen westafrikanischen Länder ohne bewaffneten Kampf unabhängig wurden. In dieser Weltregion haben Frankreich und Britannien ihren Kolonien nach und nach mehr Selbstbestimmung zugestanden, und dann drängten afrikanische Politiker Paris und London zur Übergabe der Souveränität. Leider hat das Ein-Parteien-Diktaturen, Militärherrschaft und Bürgerkriege nicht verhindert. Aber die autokratischen Herrscher konnten sich nie auf den blinden Gehorsam stützen, der für Milizen typisch ist. Im Guerrillakrieg ist persönliche Loyalität lebenswichtig und Abweichler werden als Verräter hingerichtet. Je länger der bewaffnete Kampf dauert, desto mehr gleichen Befreiungskämpfer Mafiosi. Das ist nötig, um den Krieg zu überstehen, macht später aber den Übergang zu pluralistischer Demokratie nahezu unmöglich. Die Anführer finden, dass ihnen die gewohnte absolute Kommando-hoheit zusteht – nicht zuletzt, weil sie und ihre Leute für ihr Volk viel geopfert haben.

Westafrika hat viele heftige Krisen durchgemacht. Wenn die ECOWAS auf Dauer demokratische Legitimität hochhält, dürften künftige Dramen weniger traumatisch ausfallen.

WELTPOLITIK

Guterres brennt

Der neue UN-Generalsekretär António Guterres ist erfreulich offen und direkt. Aber er darf nicht zu forsich auftreten.

Von Friederike Bauer

Gleich zu Beginn seiner Amtszeit hat Guterres einen Appell des Friedens an die Weltöffentlichkeit gerichtet. Es war keine wachswarme Botschaft in üblicher UN-Diktion, sondern eine motivierend fordernde. Eine, die sofort erahnen ließ, dass hier ein Macher am Werk ist.

Das größte Defizit der internationalen Gemeinschaft, sagte der Portugiese kämpferisch, sei ihr Unvermögen, Konflikte zu vermeiden und globale Sicherheit herzustellen. Er werde das Thema Frieden deshalb zu einem zentralen Thema seiner fünfjährigen Amtszeit machen. Natürlich sei er nicht so naiv zu glauben, dass es ein Jahr des Friedens werde, aber wenigstens solle es ein Jahr für den Frieden werden. Die clevere Rhetorik sicherte ihm Berichtserstattung rund um den Globus auf allen Kanälen.

In den Tagen danach folgten erste Personalentscheidungen – eine Frau als Stellvertreterin, eine Frau als Kabinettschefin –, eine viel beachtete Rede im Sicherheitsrat, Reformankündigungen für

das UN-Sekretariat und die Friedenstruppen sowie seine Anwesenheit bei der neuen Runde von Friedensgesprächen für das geteilte Zypern.

Noch bevor er seinen Posten in New York antrat, hatte er Russlands Präsidenten Wladimir Putin in Moskau besucht. Guterres ist nicht nur erfrischend offen, sondern auch verdammt schnell. In der Geschwindigkeit, mit der er die kraftlos gewordene Weltorganisation wieder reanimieren möchte, unterscheidet er sich grundlegend von seinem Vorgänger.

Ban Ki-moon, der nette, aber farblose Südkoreaner, war zehn Jahre im Amt. Insider schilderten ihn zwar stets als intelligenten, integren, freundlichen und arbeitssamen UN-Chef. Aber er hat es nicht vermocht, Akzente zu setzen und ein eigenes Profil zu entwickeln. Ja, er hat die Agenda 2030 auf den Weg gebracht. Und ja, er hat die Klimaverhandlungen von Paris begleitet. Aber nichts davon verbindet man mit ihm. Wahrscheinlich, weil er von Anfang an als kleinster gemeinsamer Nenner der UN-Mächte galt. Nicht einen charismatischen Generalsekretär suchte man damals, sondern einen willfähigen Verwalter.

Einen matten Generalsekretär kann sich die Welt in ihrer derzeitigen Verfassung aber nicht leisten. Wo sich Krise an

Krise reiht und Konflikt auf Konflikt folgt, werden die UN gebraucht. Dabei lebt die Weltorganisation ganz stark von der Persönlichkeit an ihrer Spitze. Deren Glaubwürdigkeit ist wichtig, weil die tatsächlichen Befugnisse überschaubar sind: Der Generalsekretär kontrolliert weder Land noch Truppen, kann keine Gesetze erlassen, darf keine Steuern erheben und hat im Sicherheitsrat und der Generalversammlung nicht einmal Stimmrecht. Die UN-Charta beschränkt seine politischen Kompetenzen auf einen einzigen Artikel, der ihm eine Alarm- und Aufmerksamkeitsfunktion zuschreibt. Umso wichtiger ist die Überzeugungskraft eines UN-Chefs.

Guterres ist so ein mitreißender Typ. Das hat er bereits als Chef des UN-Flüchtlingshochkommissariats bewiesen. Der frühere deutsche UN-Botschafter in Genf, Hanns Schumacher, sagte einst über ihn: „Der Mann brennt einfach.“ Weil er Energie hat, mutig ist und sich bei Konflikten nicht wegduckt. Und weil er die Erfahrung eines bewegten Lebens mitbringt, das ihn von der Innenpolitik Portugals über die Sozialistische Internationale bis hin zum UNHCR geführt hat. Abgesehen davon, dass sich viele UN-Beobachter endlich mal eine Frau auf dem Posten gewünscht hätten, ist Guterres die beste Wahl.

Doch die Geschichte zeigt auch: Zu forsches Auftreten führt genauso wenig zum Erfolg wie Leisetreterei. So gab der erste Generalsekretär, der offenerherzige Norweger Trygve Lie, entnervt auf und trat vorzeitig zurück. Von ihm ist die Aussage überliefert, dies sei der „unmöglichste Job der Welt“. Dem sechsten UN-Chef, dem Ägypter Boutros Boutros-Ghali, wurde die übliche zweite Amtszeit gar verweigert, weil er seine Meinung zu direkt kundgetan hatte. Als die fähigsten UN-Generalsekretäre gelten bis heute der Schwede Dag Hammarskjöld und der Ghanaer Kofi Annan, wahrscheinlich weil sie den schmalen Grat zwischen Diplomatie und Charisma am ehesten trafen. So wohlthuend sich Guterres von seinem Vorgänger Ban unterscheiden mag: Er muss bei aller Tatkraft aufpassen, dass er nicht vor der Zeit verflüht.

António Guterres mit dem Vertreter des türkischen Teils Zyperns, Mustafa Akinci (links), und dem Vertreter des griechischen Teils, Nikos Anastasiadis (rechts).



FRIEDERIKE BAUER
ist Journalistin.

info@friederikebauer.de

MENSCHENRECHTE

„Stetig Richtung Genozid“

Die Gewalt im Südsudan breitet sich weiter aus, angetrieben von einer politischen Auseinandersetzung, die zunehmend zu einem ethnischen Konflikt wird. Beobachter warnen vor einem bevorstehenden Genozid. Reverend Peter Tibi, erfahrener südsudanesischer Konfliktmediator, beurteilt die Lage.

Peter Tibi im Interview mit Sheila Mysorekar

Wie sieht die augenblickliche Lage im Südsudan aus?

Südsudans 64 Stämme sind durch ethnische Konflikte verfeindet, und das Land quillt über von Waffen und Milizen. Die Gewalt gegen Frauen ist wirklich erschreckend; Vergewaltigungen sind praktisch zu einer Epidemie geworden. Politiker, Polizei und Militär handeln als Aggressoren gegenüber unschuldigen Bürgern. Politische Führer und Sicherheitskräfte sind ebenso wie Rebellen allesamt selbst traumatisiert und versuchen, sich durch Racheakte und politische Attentate durchzusetzen. All dies geschieht in dem Kontext des Bürgerkrieges, der im Dezember 2013 begann, mit einem stetigen Abwärtstrend in einen Stammeskonflikt zwi-

schen Dinka, Nuer und anderen ethnischen Gruppen. Auf allen Seiten sehen wir ethnisch basierte Morde und wachsende Forderungen nach Rache. Stammeskonflikte, ein autoritäres Regime, eine zusammenbrechende Wirtschaft und ein überfinanziertes Militär ergeben eine explosive Mischung.

Internationale Beobachter wie der ehemalige UN-Generalsekretär Ban Ki-moon sagen, dass im Südsudan ein Genozid droht. Welche Frühwarnzeichen sehen Sie?

Gegenseitige Entmenschlichung und Hetze zwischen den Stämmen – Hasssprache auf allen Ebenen, auch in den sozialen Medien. Milizen mobilisieren entlang ethnischer Grenzen – und, was Schlimmes erahnen lässt: Die südsudanesische Regierung befiehlt bereits, ganze Dörfer dem Erdboden gleichzumachen, weswegen schon viele Menschen im Staat Central Equatoria getötet wurden. Wir beobachten Grausamkeiten und extreme Menschenrechtsverletzungen ebenso wie ethnische Säuberungen mittels Aushungern, Massenvergewaltigung und Brandstiftung. Gezielte Morde an Zivilisten und die Vertreibung bestimmter ethnischer

Gruppen sind klare Anzeichen. Im ganzen Land zwangsrekrutieren sowohl die Regierung als auch die Rebellen sehr junge Männer, jetzt kurz vor der Trockenzeit, währenddessen die Gefechte in der Regel zunehmen. Die Regierung kauft immer mehr Waffen. Beide Seiten bereiten sich auf eine große Offensive vor.

Der UN-Sonderberater zur Verhinderung von Genoziden, Adama Dieng, sagte, der Genozid im Südsudan sei ein „Prozess“. Wie sieht dieser aus, beispielsweise im Staat Central Equatoria, wo Sie leben?

Wir sehen ethnisch motivierte Morde entlang der Grenze mit Uganda und DR Kongo und innerhalb der Kleinstadt Yei, sowohl seitens Regierung wie auch der bewaffneten Gruppen. Kleine Jungen werden von Milizen festgehalten; die meisten von ihnen werden getötet und in den Fluss geworfen. Soldaten zünden Dörfer an und exekutieren die Bewohner aufgrund ihrer Stammeszugehörigkeit. Eine Offensive zwischen der Armee und den Aufständischen ist in Vorbereitung.

Gibt es eine Möglichkeit, all dies zu verhindern?

Die Zeit wird knapp. Alle Akteure rekrutieren neue Kämpfer, sogar Kinder, und horten Waffen. Aber das Schlimmste kann noch verhindert werden. Die Beschränkungen der internationalen Friedenstruppen müssen aufgehoben werden, damit eine härtere Reaktion auf die Gewalt möglich ist. Gezielte Sanktionen gegen südsudanesische Führer auf beiden Seiten sind notwendig. Die internationalen Medien müssen berichten, was im Südsudan vor sich geht. Und nicht zuletzt: Ein friedlicher Dialog kann das Ausmaß der Gewalt verkleinern.

Befeuern internationale Interessen den Konflikt?

Im Südsudan werden keine internationalen Machtkämpfe ausgetragen. Die Nachbarstaaten fördern den Friedensprozess durch ihre regionale Organisation, Intergovernmental Association for Development (IGAD). Die IGAD muss auch den Entsandten der Afrikanischen Union für Südsudan, Alpha Konaré, unterstützen, um den dringenden Prozess der Mediation und Verhandlung voranzutreiben und alle Seiten in einen inklusiven Friedensprozess einzubeziehen. Diese Aufgabe kann nicht länger der südsudani-

Regierungssoldaten im Südsudan im Oktober 2016.



schen Regierung überlassen werden, weil die Regierung an der Gewalt und den drohenden ethnischen Morden teilhat. Wenn diese Maßnahmen ergriffen sind, können die zusätzlichen 4000 Blauhelme, die vom UN-Sicherheitsrat bewilligt wurden, stationiert werden, um die laufenden Spannungen abzubauen und die Bevölkerung zu schützen. Die Welt hat mehrere Jahrzehnte über die Fehler gesprochen, die zu dem Genozid in Ruanda führten. Im Südsudan gibt es nun ausreichend Vorwarnung, aber die Handlungen, die jetzt notwendig sind, um eine weitere Tragödie in der Region zu verhindern, müssen unter afrikanischer Führung laufen, mit robuster Diplomatie und klarem internationalen Engagement.

Wie gehen Sie als Mediator solch eine angespannte Lage an?

Indem ich mich auf keine Seite schlage, sondern alle Akteure auf allen Ebenen mit einbeziehe. Unser Weg ist stille Diplomatie, die Fürsprache für einen inklusiven Friedensprozess und humanitäre Hilfe.

Wie gehen Sie mit bewaffneten Akteuren um?

Unser wichtigstes Mittel ist Kontakt – ein vertrauensvoller Dialog. Dieser Ansatz wirft natürlich Fragen auf. Wenn eine bewaffnete Gruppe die Chance bekommt, an diesen Gesprächen teilzunehmen, wird dies den Einsatz von Gewalt durch diese Gruppe legitimieren, mit der sie ihren Forderungen Nachdruck verleiht? Werden die Kontrahenten nur am Dialog teilnehmen, um Zeit zu gewinnen? Dies sind zwar wichtige Fragen, aber bei RECONCILE helfen wir dabei, einen Dialog zu ermöglichen, um politische Lösungen zu finden. Die Akteure entsprechend internationaler Normen einzubinden ist nur Schritt für Schritt möglich, abhängig von der Dynamik und dem Stadium des Konfliktes. Wenn die Kriegsparteien miteinander reden – oft ermöglicht durch eine dritte Partei –, können Teil-Abkommen wie ein Waffenstillstand wichtige vertrauensbildende Maßnahmen sein, die zusätzlich der zivilen Bevölkerung zugutekommen.

Was ist notwendig, damit die Waffen niedergelegt werden?

Vertrauen und offener Dialog zwischen den bewaffneten Akteuren muss gefördert werden. Solch ein Dialog muss von

einer neutralen Gruppe vermittelt werden. Manchmal muss man auch einen neutralen Ort für die Verhandlungen suchen.

Sie haben viele Jahrzehnte als Mediator in vielen bewaffneten Konflikten agiert. Haben Sie Angst um Ihr Leben?

Diejenigen, die keinen Frieden wollen, bedrohen mich. Sie simsen mir zum Beispiel, dass sie mich töten wollen. Das ist traumatisierend für mich, aber ich weiß, wie ich damit umgehen kann. Und es ist ermutigend, mit anderen zusammenzuarbeiten. Meine früheren Engagements haben gefruchtet; viele Milizen haben später meine Friedensbemühungen anerkannt. Das ermutigt mich, weiterzumachen.

Welches sind für Sie die besten Mittel für Peacebuilding?

Unser wichtigster Weg ist über Kontakt, das heißt, vertrauensvollen Dialog. Wir benötigen aber auch eine kontinuierliche Kontextanalyse, und wir müssen die Dynamik der unterschiedlichen bewaffneten Gruppen beurteilen sowie deren Beziehung zum Konflikt. Aufgrund dieser Analyse entscheiden wir, welche Methode die beste ist. Es ist sehr wichtig, Angelegenheiten bezüglich Gerechtigkeit in die Mediation und den Dialog mit den bewaffneten Gruppen mit einzubeziehen, und alle Lösungen zu vermeiden, die eine oder andere Gruppe bevorteilt. Und wir müssen die Umsetzung der erreichten Übereinkunft überwachen.

Was ist absolut unabdingbar, damit Friedensbemühungen erfolgreich sind?

Der Schlüssel zur erfolgreichen Friedenssicherung liegt in einer gemeinsam ausgearbeiteten Strategie, die im Land selber entwickelt wird und die klare Prioritäten hat, so dass die UN, die internationale Gemeinschaft und nationale Partner ihre Ressourcen entsprechend einbringen können. Eine gemeinsame Strategie sollte:

- aus einem inklusiven Planungsprozess erwachsen, in dessen Verlauf viele Interessengruppen einbezogen werden, und
- auf einer Einschätzung der Situation des Landes basieren (zum Beispiel durch eine Post-Konflikt-Bedarfsanalyse), einschließlich einer Analyse von Konfliktakteuren und Risiken.

Sie gehören zu der Kommission, die das Friedensabkommen im Südsudan entwor-



fen und überwacht hat. Ist dieses Friedensabkommen noch gültig?

Das Friedensabkommen ist nicht mehr gültig, obwohl die internationale Gemeinschaft und die südsudanesisische Regierung weiterhin darauf bestehen, um ein beschämendes Scheitern nicht eingestehen zu müssen. Man muss aber alles neu verhandeln.

Was muss Ihrer Meinung nach geschehen, damit die Lage im Südsudan deeskaliert?

Wir müssen das gescheiterte Friedensabkommen wieder zum Leben erwecken: ein inklusiver, transparenter Dialog, moderiert von einem neutralen Mittler. Dafür brauchen wir die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft. Oberste Priorität ist es, die Gewalt zu stoppen, bevor der Südsudan noch weiter Richtung Genozid abrutscht.

Welche Fehler wurden bei dem 2005 nach jahrzehntelangem Bürgerkrieg geschlossenen Friedensabkommen gemacht, so dass 2013 wieder Konflikt ausbrach?

Es gab keine Sicherheitsarrangements, bevor die Übergangsregierung eingesetzt wurde. Das Ausmaß der Wut und des Misstrauens wurde ignoriert.



REVEREND PETER TIBI ist Konfliktmediator und Leiter der zivilgesellschaftlichen Organisation RECONCILE

International. Er lebt in Yei, Südsudan.

ptibi@reconcile-int.org

<http://www.reconcile-int.org/>

AID EFFECTIVENESS

Interesse an der Wirksamkeit wieder stärken



Effektive Hilfe kommt dort an, wo sie wirklich gebraucht wird: Schule in Kamerun.

Seit Jahren gibt es Bestrebungen, die Wirksamkeit der Entwicklungspolitik durch effektivere Zusammenarbeit zu verbessern. Dazu wurde 2012 die Global Partnership for Effective Development Cooperation (GPEDC) als multilaterales Forum gegründet. Ihr fehlt es jedoch innerhalb der UN an der gewünschten Resonanz. Innerhalb der GPEDC kämpfen die zivilgesellschaftlichen Akteure erfolgreich für mehr Einfluss.

Von Peter Lanzet

Das Wirksamkeitsprojekt zur Unterstützung der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) wurde ursprünglich von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development – OECD) angeschoben. Es litt von Anfang an unter einem Geburtsfehler: Es fehlte ihm die Unterstützung großer Schwellenländer wie China und Indien. Diese sahen darin ihre Perspektiven nicht berücksichtigt. Für sie wurde daher in den Vereinbarungen ein eigener Kooperationsrahmen entwickelt: die Süd-Süd-Kooperation. Für diese gelten die Prinzipien der Aid Effectiveness nicht in gleicher Weise wie für die OECD-Geber.

Die fortbestehende Animosität der G77-Länder und Chinas manifestierten sich

in der Zurückhaltung der UN, im Rahmen der Implementierung der Agenda 2030 der GPEDC ihren Platz beim Durchführungsmanagement deutlich und namentlich zuzuteilen. Mit dieser Nichtanerkennung der Global Partnership wird ein Instrument geschwächt, das eigentlich die Position der Entwicklungsländer stärken soll.

Ende 2016 trafen sich Vertreter aus rund 130 Staaten in Nairobi und zahlreiche entwicklungspolitische Akteure zum zweiten High-Level-Meeting der Global Partnership for Effective Development Cooperation und einigten sich auf das Nairobi Outcome Document. Darin erhalten der Privatsektor, die Süd-Süd-Kooperation und die Zivilgesellschaft zusätzliche Aufgabenbeschreibungen und das Indikatoren-Monitoring wird erweitert. Parlamentarischer Staatssekretär Thomas Silberhorn vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) übernimmt die Leitung der GPEDC gemeinsam mit zwei weiteren Vorsitzenden. Die Zivilgesellschaft erhält Unterstützung gegen die seit Jahren anhaltende Tendenz, ihren operationalen und politischen Spielraum einzuschränken.

SUCHE NACH NEUER RELEVANZ

Silberhorn versteht die gefährdete Rolle der GPEDC als eine der zentralen Herausforde-

rungen. Auch bevor die UN die GPEDC düpierten, haben ihre Mitgliedstaaten und -akteure wenig für die Umsetzung und damit für die Glaubwürdigkeit ihres in Busan 2011 verabschiedeten Ansatzes getan (siehe Kasten, S. 18). Das Nairobi Outcome Document lobt die Ergebnisse des vorgelegten zweiten globalen Monitoring-Berichts, der alle zwei Jahre erscheint, für den Zuwachs an Ownership der Entwicklungsländer an ihren Plänen und Strategien und für die Zunahme der in den nationalen Haushalten verbuchten Mittel von Geberprojekten.

Der Bericht wurde von der Zivilgesellschaft als viel zu diplomatisch und optimistisch empfunden. Wenn dieses Instrument sich als glaubwürdige Informationsbasis für die Implementierung der SDGs erweisen soll, muss es seine Daten und Fakten nüchterner und weniger geschönt präsentieren. Zum Beispiel hat es bei den Zusagen zur Anerkennung nationaler Beschaffungsverfahren, bei der Lieferaufbindung, bei der Schaffung von Transparenz bei Finanzierungs-konditionalitäten und auch bei der Übernahme nationaler Projektprioritäten und Zurückstellung eigener Geberprioritäten wenig bis keine Fortschritte gegeben. Der Privatsektor verhält sich weiterhin abwartend in Bezug auf die Anwendung von Wirksamkeitsprinzipien bei seinen Investitionen. Auch die Ausführungen über die gewachsene Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen an Multi-Stakeholder-Beratungen kann über den Trend zur drastischen Reduzierung und Einengung zivilgesellschaftlicher Akteure in vielen Ländern nicht hinwegtäuschen.

STRATEGIEN ZUR STÄRKUNG DER WIRKSAMKEITSPOLITIK

Diesem High-Level-Meeting in Nairobi ging es ganz besonders darum, durch verschiedene Strategien die multilaterale Relevanz der GPEDC wieder zu stärken, etwa durch:

- die vollständige Zuordnung der Aufgaben und Ergebnisse der GPEDC unter die SDGs und damit unter das High-Level Political Forum der UN, das die Fortschritte der Erreichung der SDGs überwachen und fördern soll,
- die Betonung potenzieller Effektivitätssteigerungen und Risikoreduzierung der Privatsektorinvestitionen, wenn sie unter Nutzung der Effektivitätsprinzipien unternommen werden und

- die Ausdifferenzierung des Global Monitoring Framework mittels weiterer Indikatoren.

Es gab auch Kräfte unter den beteiligten Regierungen und Akteuren, die durch die Verwässerung von vier zentralen Effektivitätsprinzipien einigen Ländern und dem Privatsektor entgegenkommen wollten, um auf diese Weise die Relevanz der GPEDC zu unterstützen. Sie wollten die Menschenrechtsorientierung schwächen, den Privatsektor von Inklusivitätsverpflichtungen entlasten und die Rolle der Zivilgesellschaft im Dokument reduzieren. In einigen Punkten, wie bei Demokratie, Menschenrechten und der Nutzung der offiziellen Entwicklungshilfe für die Risikosicherung von Privatinvestitionen, ist ihnen das auch gelungen.

DER BEITRAG DER ZIVILGESELLSCHAFT

Im Verlauf der vergangenen elf Jahre hat die Zivilgesellschaft ihre Rolle in der Wirksamkeitsdebatte ständig gestärkt und ausgeweitet. Als die Paris Declaration 2005 verabschiedet wurde, waren die teilnehmenden Nichtregierungsorganisationen (NGOs) nur bloße Beobachter. Beim High-Level Meeting on Aid Effectiveness in Accra 2008 wurden sie als eigenständige Akteure anerkannt. Das Busan Outcome Document sah vor, ein

rechtlich und politisch befähigendes Handlungsumfeld für die Initiativen der Zivilgesellschaft zu schaffen.

Verschiedene zivilgesellschaftliche Gruppen schlossen sich 2012 zu dem globalen Dachverband CSO Partnership for Development Effectiveness (CPDE) zusammen. Es ging darum, die Aufgaben im Steuerkomitee der GPEDC wahrnehmen zu können. Die Gruppen in der CPDE hatten sich an allen Vorbereitungsschritten für das High-Level-Meeting in Nairobi beteiligt und eine Reihe von Veranstaltungen während der offiziellen Konferenz vorbereitet und gestaltet.

In den vergangenen fünf Jahren hat sich der Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft in 109 Ländern drastisch verengt. Daher forderte die CPDE von der Nairobi-Konferenz ein Bekenntnis dazu, diesen Trend umzukehren, und hat dieses Bekenntnis auch erhalten. Paragraph 18 enthält die Zusage: „Wir sind entschlossen, den Trend des schrumpfenden Spielraumes der Zivilgesellschaft umzukehren.“ In der Präambel des Dokuments wird die Einschränkung zivilgesellschaftlicher Arbeitsmöglichkeiten auf eine Stufe mit den Risiken des Klimawandels oder mit globalen ökonomischen Schocks gestellt. Das Nairobi Outcome Document fordert die Geber und Entwicklungsländerregierungen auf, es NGOs

zu ermöglichen, Strategien und Programme von Regierungen und anderen Akteuren zu begleiten, sich zu beteiligen und den Fortschritt zu evaluieren.

Kenias Regierung hatte geplant, dem Privatsektor und der Süd-Süd-Kooperation den roten Teppich auszurollen. Betreten hat ihn die Zivilgesellschaft. Staatssekretär Silberhorn warnte vor mehr Einfluss der Zivilgesellschaft in der GPEDC. Regierungen und Privatsektor würden sich dann weniger engagieren. Silberhorn zielt wohl darauf ab, China und Indien durch praktische Kooperation stärker in das GPEDC-Boot zu holen, auch wenn nicht zu erwarten ist, dass sie Mitglieder werden.

LINK

2. Global Monitoring Bericht 2016 der GPEDC: <http://effectivecooperation.org/2016/11/2016-monitoring-report-released/>



PETER LANZET
ist Development Finance/
Development Policy
Consultant. Er war 35 Jahre
lang Mitarbeiter bei Brot für

die Welt und baute dort unter anderem die
Arbeitsstelle Entwicklungsfinanzierung und
Entschuldung auf.

peter.lanzet@gmail.com

Organisation und Monitoring der Wirksamkeitspolitik

Die bereits 1999 begonnenen Versuche, die Wirksamkeit der Entwicklung durch effektivere Zusammenarbeit zu verbessern, führten über viele Stationen, von denen die Paris Declaration (2005) und das Busan Outcome Document (2011) die wichtigsten waren. Sie entwickelten die zentralen Kooperationsprinzipien und Zielsetzungen. Die bisherigen globalen Konferenzen haben die Prinzipien der wirksamen Entwick-

lungskooperation auf vier wesentliche Punkte fokussiert:

- stärkere Eigenverantwortung (Ownership),
- Ergebnisorientierung,
- Transparenz sowie
- inklusive Partnerschaft und Rechenschaftspflicht.

2012 wurde die „Global Partnership on Effective Development Cooperation“ (GPEDC) gegründet, als globales Forum für den multilateralen Dialog zu den Fragen wirksamer Zu-

sammenarbeit. Ein gemeinsames Büro von OECD und UNDP mit Sitz in Paris leistet der GPEDC Sekretariatsdienste. Koordiniert wird sie von einem 22 Mitglieder starken Steuerkomitee und von drei Vorsitzenden. Letztere wurden nach Ablauf von zwei Jahren turnusgemäß beim High-Level Meeting in Nairobi ersetzt.

Alle zwei Jahre legt die GPEDC einen Global Monitoring Report vor, der von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development – OECD) erarbeitet wird. Er ist ihr wichtigstes Instrument

zur Messung, ob und zu welchem Grad die Selbstverpflichtungen der Mitglieder in Bezug auf die Wirksamkeitsprinzipien eingehalten und erreicht worden sind. Dabei werden zehn Indikatoren überprüft, wie Ergebnisorientierung, effektive Institutionen, gemeinsame Evaluierung, Gendergleichberechtigung oder Vorhersagbarkeit der Mittelüberweisung.

LINK

Monitoring Framework der GPEDC:

<http://effectivecooperation.org/wp-content/uploads/2015/05/GPEDC-Monitoring-Framework-10-Indicators.pdf>

Ägyptens Präsident Abdel Fattah al-Sisi bei einer Militärparade in Kairo im vergangenen Sommer.



Populistische Politik

Populistische Politiker behaupten, für „das Volk“ zu sprechen, aber sie bestimmen selbst, wer zu diesem Volk dazugehört. Minderheiten, diverse Sündenböcke und alle, die ihnen widersprechen, grenzen sie aus. Ihre großspurigen Versprechen sind leer, aber die Drohung, Jagd auf Opponenten zu machen, muss ernst genommen werden. Solange Populisten in der Opposition sind, wittern sie überall Korruption, aber sobald sie im Amt sind, wollen sie alles abschaffen, was ihrer Macht Grenzen setzt. Ihre Amtsausübung ist oft missbräuchlich und respektiert die Menschenrechte nicht.

Der Zaun steht schon

Donald Trumps Wahlkampf war ein Paradebeispiel für Populismus. Der US-Präsidentenwahlkandidat spielte unter anderem mit Ängsten der Menschen vor Einwanderern und forderte eine Mauer an der Grenze zu Mexiko. Das Verhältnis zum Nachbarland ist seitdem schwer gestört. Schon vor Trumps Amtsantritt wurde deutlich, wie sehr populistische Regierungsführung in einem mächtigen Land dessen Partner belasten kann.

Von Virginia Mercado

Der Begriff „Populismus“ wird nicht einheitlich definiert. Er wird im Zusammenhang mit extrem rechten Politikern, welche die Legitimität aller anderen Parteien bestreiten, ebenso verwendet wie mit Politikern, die sich als Vertreter der Abgehängten wie etwa Arbeitern und Bauern verstehen. Von letzterem, in Amerika verbreitetem Standpunkt aus ist der Begriff „Populismus“ durchaus positiv besetzt.

Der Unterschied trat beim Gipfel der nordamerikanischen Regierungschefs im Juni 2016 in Kanada zutage. Dort verurteilte der mexikanische Präsident Enrique Peña Nieto jegliche Staatsführung durch Demagogen und Populisten – wohingegen sich US-Präsident Barack Obama selbst als Populist bezeichnete. Obama meinte damit, dass er seine Sozialpolitik realisiert sehen will, während sich Peña Nieto auf den Aufstieg und die Machtergreifung autoritärer Poli-

tiker auf Grundlage populärer Ängste und unhaltbarer Versprechen bezog. Seriöse Politiker sagen dagegen, mit welchen Mitteln sie ihren Zielen näher kommen wollen.

Allerdings hatte der mexikanische Staatschef selbst im Wahlkampf unhaltbare Versprechen gemacht. Er profitierte von der überschwänglichen Pflege seines Images in den Medien, instrumentalisierte die wachsende Unsicherheit und Gewalt wegen des Drogenkriegs und versprach eine Stabilität, die er bislang nicht herstellen konnte (siehe Kasten, S. 21).

Der Aufstieg von Donald Trump in den USA ist jedenfalls ein Paradebeispiel für rechtslastigen Populismus. Der Kandidat griff Ängste in der Bevölkerung auf und machte mit Slogans Stimmung, die Fremdenfeindlichkeit und Hass auf Minderheiten der USA bedienten. Sein hochtrabendes Versprechen, Amerika wieder groß zu machen, untermauerte er indessen nicht mit konkreten, unmittelbar implementierbaren Konzepten. Er betonte platt, die USA hätten Vorrang vor allen anderen Nationen und sollten sich vor allem um ihre eigenen Interessen kümmern. Die Medien zögerten nicht, den häufig bei Lügen erappten Trump als populistisch zu verurteilen.

Das spanischsprachige CNN sprach sogar von der „Lateinamerikanisierung der Vereinigten Staaten“. Der Sender suggerierte damit, nur politisch wenig gebildete Menschen könnten auf die Rhetorik eines



starken Mannes hereinfallen, der sich als Volkstribun gibt, aber eindeutig Interessen der Reichen vertritt.

Mit ähnlicher Intention schrieb Paul Krugman in der New York Times, Trump mache die USA zu einem „Stan“. Denn wie in Tadschikistan, Kirgistan oder Turkmenistan vermische Trump Amt und Privatgeschäft. Vetternwirtschaft, Klientelismus und Korruption stehen dem Kolumnisten zufolge vor einer neuen Blüte in den USA.

Solche Vorwürfe sind nicht frei erfunden. Trump hat – entgegen den demokratischen Konventionen der USA – bislang keinen Einblick in seine Steuerzahlungen gewährt. Folglich ist auch nur wenig über seine internationalen Geschäftsinteressen bekannt. Er hatte im Wahlkampf zunächst versprochen, Auskunft zu geben, tat das aber nie. Später kündigte er an, auf einer Pressekonferenz im Dezember zu erläutern, wie er seine Geschäfte an seine Söhne so übergeben würde, dass keine Interessenkonflikte auftreten können. Den Termin strich er dann aber kurzfristig. Als er sich im Januar dann der Presse stellte, blieben wichtige Fragen ungeklärt. Er will zum Beispiel einfach, dass die Leute ihm glauben, dass er keine geschäftlichen Verbindungen zu russischen Geldgebern hat.

Unterdessen wurde bekannt, dass die Baugenehmigung für einen neuen Trump Tower in Buenos Aires erteilt wurde, kurz nachdem der Wahlsieger ein Telefongespräch mit Argentiniens Staatschef Mauricio Macri geführt hatte. Solche Nachrichten wecken nicht nur in Lateinamerika Misstrauen. Vielleicht hat Macri gar nicht Einfluss genommen, vielleicht wollte er auch gute Stimmung in Washington machen, und vielleicht ist sogar Schmiergeld geflossen.

Als undemokratisch empfinden manche Mexikaner das US-Wahlrecht, dem zu-



Trump im Sommer zu Besuch bei Peña Nieto.

folge Trump mit 46 Prozent der Stimmen gewann, obwohl seine Kontrahentin Hillary Clinton auf 48 Prozent kam. Fachleute erklärten der Öffentlichkeit aber, wie das US-Wahlrecht funktioniert und dass es anders, aber nicht undemokratisch ist. Grundsätzlich herrscht in Mexiko die Einschätzung vor, dass die USA eine besser organisierte Gesellschaft sind, so dass Bürger ihrem Staat vertrauen. In Mexiko tun sie das nicht, aber die Kluft wird unter Präsident Trump vermutlich kleiner.

Die Liste der Leute, die Trump in sein Kabinett berufen will, zeigt, dass er eindeutig die Interessen der reichen Elite vertritt. Manche Wähler bemerken nun enttäuscht, dass der Kandidat sie lediglich instrumentalisiert hat, um an die Macht zu kommen. Vielen steht wohl der Verlust der Krankenversicherung bevor, denn seine Partei will Obamacare abschaffen, und seine Versprechen, die Reformen seines Vorgängers mit etwas viel Besserem zu ersetzen, werden sich aller Voraussicht nach als hohl erweisen.

Trump hat sich als starker Mann dargestellt, der die wirtschaftliche und die Sicherheitslage des Landes verbessern kann. Davon profitieren jedoch nicht die Menschen, die am meisten auf Unterstützung

und Solidarität angewiesen sind. Im Gegenteil: Trump entfesselte eine Welle der Feindseligkeit und offenen Aggression gegen sie.

Trump versprach schon im Wahlkampf Steuersenkungen – besonders für die Superreichen – und Entlastungen für Unternehmen, etwa im Umweltrecht. Seiner Logik nach profitiert die gesamte Gesellschaft davon, wenn der Privatsektor möglichst uneingeschränkt agieren und Profit machen darf. Er suggerierte, alles werde gut, wenn er das Land wie der Spitzenmanager eines Unternehmens führt, der auf abweichende Meinungen keine Rücksicht nehmen muss.

MAUER GEGEN MIGRANTEN

Ein wichtiger Bestandteil von Trumps Wahlkampf war das Versprechen, eine Mauer entlang der Grenze zu Mexiko zu bauen. Sie änderte allerdings mehrfach ihr Design: Aus der „riesigen Mauer“ wurde ein Zaun, dann eine „große Mauer mit schönen großen Türen“. Unbestritten ist, dass die Drohungen ernst gemeint sind. In Frage steht aber die Realisierung des Baus und Trumps Forderung, Mexiko solle dafür bezahlen. Die Ideen, um an das Geld zu gelangen, reichen von der Ausübung

ökonomischen Drucks auf das Nachbarland über die Beschlagnahmung von Geldsendungen eingewanderter Arbeiter an ihre Familien bis hin zu purer Kriegsbereitschaft.

Dabei wird die Tatsache außer Acht gelassen, dass nicht nur Mexikaner die Grenze in die USA überqueren, sondern Migranten aus ganz Mittel- und Südamerika. Im vergangenen Jahr strandeten beispielsweise tausende Haitianer in Grenzstädten wie Tijuana. Eine Mauer im Süden der USA verschöbe das Problem daher lediglich auf die andere Seite der Grenze.

Präsident Peña Nieto lud Trump im Sommer nach Mexiko ein und blamierte sich damit. Peña Nieto sagte, er wolle Vertrauen aufbauen, falls Trump gewählt werde. Dem ohnehin angeschlagenen Image seiner Regierung schadete der Besuch jedoch, denn nach seiner Rückkehr in die USA redete Trump weiter von der Mauer und stellte internationale Handelsabkommen in Frage.

In Mexiko stieß Trump auf Empörung. Witze und Karikaturen des Kandidaten kursierten im Netz, und auf den Märkten wurden Piñatas mit Trumps Ebenbild verkauft. Piñatas sind mit Süßigkeiten gefüllte Pappmachéfiguren, die Kinder bei Partys zerbrechen, damit die Bonbons herausfallen. Der

Charisma reicht nicht

Jahrzehntlang hatte Mexiko eine Ein-Parteien-Regierung, die von Korruption und Ineffizienz geprägt war. Die Linke war unfähig, eine Mehrheit der Wähler zu gewinnen. Das schaffte 2000 der Kandidat der rechten PAN (Partido Acción Nacional), der auftrat wie ein Mann aus dem Volk und an beliebte bäuerliche Filmfiguren der goldenen Epoche des mexikanischen Kinos erinnerte.

Vincente Fox formulierte klar den größten Wunsch vieler Mexikaner: Sacar al PRI de Los Pinos! Werft die PRI (die Partido Revolucionario Institucio-

nal, die seit mehr als 70 Jahren regierte) aus dem Präsidentenpalast!

Fox war ein Geschäftsmann ohne politische Erfahrung. Er wiederholte seinen Slogan wie ein Mantra. Dieses Hauptwahlversprechen wurde übererfüllt. Der „Fox-Effekt“ reichte aus, um die Regierungspartei nicht nur um die Präsidentschaft zu bringen, sondern auch um mehrere Gouverneurs- und Bürgermeisterposten und Gemeinden. Der Bundesstaat Mexiko rund um die Hauptstadt – bislang eine PRI-Hochburg – fiel größtenteils an die Oppositi-

on. Das löste einen Schock unter den herrschenden politischen Kräften aus, von dem sie sich lange nicht erholten.

Es dauerte jedoch nicht lange, bis die Leute merkten, dass leidenschaftliche Reden und eine charismatische Persönlichkeit nicht ausreichen, um über viele Jahrzehnte gewachsene Strukturen zu verändern. Fox gelang es nicht, die Korruption zu beseitigen. Er löste auch andere Wahlversprechen nicht ein. Immerhin gedieh der Privatsektor in seiner Amtszeit und die Abwertung des Pesos war die geringste seit 1970.

In Mexiko können Präsidenten nach ihrer sechsjährigen Amtszeit nicht wiedergewählt werden. Der Nachfolger von Fox

war Felipe Calderón Hinojosa, ebenfalls von der PAN, die seinen linken Opponenten in einer Hetzkampagne schlechtmachte. Er hatte nicht das Charisma von Fox, und es wurde noch deutlicher, dass er grundlegende Probleme wie Korruption und immense soziale Ungleichheit nicht ändern konnte. Als geradezu katastrophal erwies sich aber sein Krieg gegen die Drogen, den er mit einem simplizistischen Verständnis von Law and Order begründete.

Mittlerweile hat der Drogenkrieg mehrere zehntausend Tote gefordert. Auch deshalb ist die PAN in den Augen der Wähler entzaubert. Bei der Präsidentschaftswahl 2012 setzte sich wieder die PRI durch.



Trump-Anhänger an der Washington State University haben im Wahlkampf diese Mauer gebaut, die symbolisch für die geforderte Mauer an der Grenze zu Mexiko steht. Ein Trump-Gegner zeigt, dass sie überwindbar ist.

Spaß war aber vorbei, als Präsident Peña Nieto Luis Videgaray zum Außenminister ernannte. Videgaray hatte den Trump-Besuch organisiert und gilt als Schachfigur, die der neue US-Präsident manipuliert. Aus mexikanischer Sicht steht viel auf dem Spiel: Arbeitsplätze, Investitionen, Überweisungen von Migranten an ihre Familien und vielleicht sogar die massenhafte Ausweisung aus dem Nachbarland. Mexikos Volkswirtschaft ist auf das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA – North American Free Trade Agreement) mit den USA und Kanada ausgerichtet. Trump hat es im Wahlkampf vielfach kritisiert. Er will es neu verhandeln und lässt keinen Zweifel daran, dass er einseitig US-Interessen durchsetzen will und auf Austausch auf Augenhöhe keinen Wert legt.

Einerseits sagt Trump, er liebe Mexiko und seine Menschen. Andererseits behauptet er, Mexiko nutze NAFTA auf unfaire Weise aus. Er hat begonnen, Unternehmen unter Druck zu setzen, damit sie nicht im Nachbarland investieren. Ford ist eingeknickt und hat angesichts drohender neuer Steuern Vorhaben in Mexiko gestrichen. Daraufhin haben einige mexikanische Firmen ihre Zusammenarbeit mit Ford eingestellt. Trump hat auch auf andere Konzerne – darunter Toyota und BMW – Druck ausgeübt.

Das Volumen des bilateralen Handels zwischen Mexiko und den USA beläuft sich

auf rund 500 Milliarden Dollar jährlich. Unternehmen und Arbeitsplätze hängen auf beiden Seiten der Grenze davon ab. Trump hat aber deutlich gemacht, dass er völlig unkonventionell zu agieren gedenkt, um seinen Willen durchzusetzen. Mexikanische Politiker sprechen dagegen immer noch vom „Brückenbauen“, als sei Diplomatie im gewohnten Stil noch möglich.

Kritik an NAFTA gibt es auch in Mexiko. In den Industriegebieten, die nach Abschluss des Abkommens entlang der Grenze entstanden sind und Maquiladoras genannt werden, herrschen harte Arbeitsbedingungen. Aber immerhin finden dort viele Menschen Beschäftigung und Einkommen. Aus mexikanischer Sicht sind bessere Arbeitsplätze in den Maquiladoras nötig – aber sicherlich nicht weniger Beschäftigung.

Seit den Wahlen halten verschiedene politische Parteien in Mexiko die „Solidarität mit den Landsleuten in den Vereinigten Staaten“ hoch. Das sind jedoch nur leere Versprechen. Mexikaner wissen genau, dass ihre Politiker sie nicht einmal im eigenen Land schützen. Zudem ist bekannt, dass es schon unter Präsident Barack Obama zahlreiche Abschiebungen gab, von denen aber nur sehr selten gesprochen wird.

Peña sagt, Mexiko werde die Mauer nicht bezahlen. Er fordert nun, die USA sollten den Strom illegaler Waffen nach Sü-

den stoppen. Zudem strebt er ein Handelsabkommen mit der EU an, um die Abhängigkeit von den USA zu verringern. Seine Position ist aber schwach. Als dieser Aufsatz vor Trumps Amtsantritt fertig gestellt wurde, hatte der Peso abgewertet, und die Inflation stieg entsprechend. Je härter die Lage wird, desto mehr Menschen werden nach Norden abwandern wollen. Trumps Großspurigkeit kann also durchaus unbeabsichtigte Folgen haben.

In der ganzen Aufregung wird oft vergessen, dass schon seit langem ein Zaun existiert. Er wurde unter Präsident Bill Clinton dort an der Grenze errichtet, wo nicht die lebensfeindliche Wüste als natürliche Mauer wirkt. Nicht nur offizielle Grenzpatrouillen bewachen ihn, auch militante rechte Gruppen tun das. Vielleicht noch schlimmer ist der ideologische und kulturelle Zaun, der spätestens seit der Auszählung der Stimmen der US-Wahl steht. Die „Build that wall“-Chöre haben mexikanische Vorstellungen von einem amerikanischen „Freund“ schwer beschädigt.



VIRGINIA MERCADO ist Wissenschaftlerin an der Universidad Autónoma del Estado de México und Lehrkraft für Friedens- und

Entwicklungsstudien.

virmercado@yahoo.com.mx

Menschenrechte in Gefahr

Die Nichtregierungsorganisation Human Rights Watch (HRW) hat kürzlich ihren World Report 2017 veröffentlicht. Er gibt einen umfassenden Überblick über die Menschenrechtssituation in mehr als 90 Ländern. In seinem Einführungssessay warnt der HRW-Exekutivdirektor Kenneth Roth vor einer weltweit neuen Generation von autoritären Populisten.

Von Sabine Balk

Die Menschenrechte seien dazu da, Bürger vor staatlichem Missbrauch zu bewahren, erinnert Roth. Zahlreiche populistische Staatsoberhäupter würden sich um diese Werte aber nicht kümmern. Sie gäben vor, für „das Volk“ zu sprechen, und sähen Menschenrechte als Hindernis, die Nation vor angeblichen Bedrohungen und Übel zu verteidigen. Diese Populisten akzeptierten nicht, dass jeder Menschenrechte genieße, und machten ihre Anhänger glauben, sie selbst bräuchten diese Rechte niemals.

Als Gründe für den Aufstieg des Populismus im Westen sieht Roth, dass Menschen sich durch technologischen Wandel, die Weltwirtschaft und wachsende Ungleichheit zurückgelassen fühlten. Die Terrorismusgefahr verstärkte das Angstgefühl. Einige Leute fühlten sich auch unwohl damit, dass sich die Gesellschaften ethnisch und religiös immer mehr durchmischten. Der Autor ärgert sich, dass einige Politiker behaupten, Menschenrechte nutzten allein Terrorverdächtigen, Asylsuchenden und anderen Minderheiten.

Populisten und ihre Anhänger verkennen in Roths Augen, dass man Rechte nicht einfach so, wie es einem gefällt, anwenden kann. Anderen Rechte abzusprechen, hieße, die eigenen Rechte aufs Spiel zu setzen. Viele westliche Politiker verlören ihr Vertrauen in die Menschenrechte, anstatt etwas gegen die populistische Gefahr zu unternehmen. Zudem kritisiert der HRW-Aktivist demokratische Politiker, die populistische Phrasen nachbeteten wie etwa die Forderung des ungarischen Präsidenten Viktor Orbán, die Grenzen Europas dicht zu machen. Roth nennt außerdem den neuen US-Präsidenten

Donald Trump als Negativbeispiel, weil er Grundprinzipien von Toleranz verletze, Frauen beleidige, Minderheiten verunglimpfe, die freien Medien angreife und Migranten und Muslims stereotyp darstelle.

Roth sieht ähnliche populistische Tendenzen in vielen nichtwestlichen Ländern wie Russland, China, Indien, der Türkei, Ägypten und den Philippinen. Es gäbe einen weltweiten Trend von „starken Männern“, die hart gegen oppositionelle Stimmen und zivilgesellschaftliche Gruppen vorgingen und die unabhängigen Medien mundtot machten. Der Autor verurteilt auch die verheerenden Kriegsverbrechen des syrischen Präsidenten Bashar al-Assad, der schonungslos Zivilisten in den von der Opposition besetzten Landesteilen angegriffen hat, beispielsweise in Aleppo. Roth betrachtet auch die Vorbehalte einiger afrikanischer Staatsschefs gegen den Internationalen Strafgerichtshof als selbstsüchtig (siehe Darleen Seda in E+Z/D+C e-Paper 2016/12, S. 23 und E+Z/D+C Druckheft 2017/01-02, S. 34).

Der HRW-Chef fordert „energisch für Grundrechte einzutreten und diese zu verteidigen“. Seiner Meinung nach sollen Menschenrechtsorganisationen Allianzen zwischen Gesellschaften und Ländern schmieden, die Nord-Süd-Kluft schließen und die Kräfte im Kampf gegen Autokraten bündeln. Die Medien sollten den gefährlichen Populismus aufdecken und seine langfristigen Auswirkungen darstellen. Sie sollten versuchen, Propaganda und manipulative „Fake News“ offenzulegen. Außerdem sieht Roth eine Verantwortung bei demokratischen Regierungen, die Menschenrechte zu verteidigen. Die Öffentlichkeit sollte darauf bestehen, wahrheitsgemäß von Politikern informiert zu werden. Fakten seien mächtig, deshalb würden Autokraten so viel Energie aufwenden, um unliebsame Wahrheiten zu unterdrücken.

In einem weiteren Essay schlägt die stellvertretende UN-Direktorin von HRW, Akshaya Kumar, vor, diejenigen, die Menschenrechte missbrauchen, beim Namen zu nennen und anzuprangern. Dies sei eine wichtige Strategie für Aktivisten, die neuerdings aber leider nicht mehr immer greife.



Eine rechtsradikale indische Hindu-Gruppe feiert die Amtseinführung von US-Präsident Donald Trump.

Denn es gebe autoritäre Herrscher wie den philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte (siehe Alan Robles, S. 31), die sich mit ihren Gräueltaten sogar brüsteten. Als neue Taktik schlägt Kumar vor, diejenigen an den Pranger zu stellen, die die Täter unterstützen, indem sie Geld, Waffen oder andere Ressourcen zur Verfügung stellen. Diese seien vielleicht mehr von der öffentlichen Meinung abhängig als ihre Kunden.



SABINE BALK
ist Redakteurin
bei E+Z/D+C.

euz.editor@fs-medien.de

LINK

HRW: World Report 2017.

https://www.hrw.org/sites/default/files/world_report_download/wr2017-web.pdf

Zivilgesellschaft unter Druck



Zivilgesellschaftlicher Protest wird immer schwerer in vielen Ländern: Ägyptische Medienmitarbeiter demonstrieren in Kairo gegen die Verhaftung von Mitgliedern ihrer Gewerkschaft im November 2016.

In jeder Gesellschaft gibt es unterschiedliche Interessen und Weltansichten. Diese werden in Demokratien von zivilgesellschaftlichen Organisationen artikuliert. Die Debatten, die sie anstoßen, sind die Grundlage für Kompromiss und Konsens. Die Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt zivilgesellschaftliche Organisationen im Ausland, spürt aber, dass sie in vielen Ländern immer stärker eingeeengt wird. Denn eine wachsende Zahl von Regierungen beansprucht, allein zu wissen, was ihre Nation will und braucht.

Von Frank Priess

In vielen Ländern steht die Zivilgesellschaft unter Druck – und zugleich ihre ausländischen Kooperationspartner, zu denen die deutschen politischen Stiftungen gehören. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989 war es in kurzer Zeit möglich, in vielen Staaten der Erde neu tätig zu werden. Der Siegeszug der liberalen Demokratie erfasste, von Ausnahmen abgesehen, so gut wie alle Weltregionen.

Nun ist das Bild wieder gemischt – es gibt Rückschritte im Vergleich zu vor 20 Jahren. Es zeigte sich, wie schnell ein demokratischer Honeymoon wieder verblassen kann. Eine lineare Entwicklung hin zu immer mehr Demokratie ist keineswegs der natürliche Weg gesellschaftlicher Entwicklung.

Die Gründe für Rückschritte sind vielfältig. Entscheidend ist sicher das Interesse autoritärer Herrscher, auch kleinste Anzeichen demokratischen Engagements zu ersticken. Länder wie Nordkorea waren noch nie wirklich zugänglich, in Kuba gehen schüchterne Wirtschaftsreformen eher mit größerer politischer Repression Hand in Hand, Einparteiensysteme reglementierten Zusammenarbeit so eng und auf limitierten Tätigkeitsfeldern, dass von freier Kooperation mit der einheimischen Zivilbevölkerung kaum gesprochen werden kann. In Ländern am Golf ist eine Arbeit für politische Stiftungen ebenfalls kaum möglich. Ägypten verhängte unter fadenscheinigen Begründungen Gefängnisstrafen gegen zwei Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Vierorts schießen Gesetze gegen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aus dem Boden: Russland spielte hier den Vorreiter. Empfänger internationaler Unterstützung müssen sich als „ausländische Agenten“ beschimpfen lassen. Die Zahl der Nachahmer wächst. Andernorts – auch in vermeintlich demokratischen Staaten – ist die Motivlage unklar, wenn das Engagement ausländischer NGOs administrativ so organisiert wird, dass bei Einhaltung aller Regeln und Normen eine normale Arbeit zum Erliegen kommen müsste. Neue Erfolgsbeispiele hingegen finden sich wenige. Eher ist

die Konsolidierung positiver Trends als Erfolg zu verbuchen, nicht zuletzt in einigen Ländern Afrikas.

„Shrinking spaces“ entstehen zunehmend auch dort, wo aus Sicherheitsgründen ein ungehindertes Arbeiten unmöglich ist und sich Aktivitäten auf die Hauptstadt und einige ausgewählte andere Plätze beschränken. Zivilgesellschaftliches Engagement lebt auch von Sichtbarkeit, Partizipation und öffentlicher Darstellung. Dies stellt vielerorts ein besonderes Sicherheitsrisiko dar. Auch hier gilt: Die Gefahren sind für die einheimischen Partner meist viel größer als für Ausländer. Verhaftungen und Gewalt gegen Aktivisten, existenzbedrohende Klagen, Verfolgung und Übergriffe aller Art, das kennen zuallererst und unmittelbar die Bürger der betroffenen Länder.

Derzeit wird – gerade von Ländern, mit denen sich „der Westen“ im Systemwettbewerb befindet – versucht, ein Zerrbild zu verankern. Da seht ihr, heißt es mit Blick auf Syrien, Libyen und andere Staaten, wohin ihr mit „euren“ Versuchen eines Regimeumsturzes und „eurem“ arabischen Frühling gekommen seid. Hättet ihr mal lieber die Herrscher unangetastet gelassen. Diese Denkart, die bestimmte Regierungen mittels massiver Propagandainstrumente der eigenen Bevölkerung und dem Ausland vermitteln, verkennt: Der Ausgangspunkt des bürgerlichen Aufbegehrens lag in den Ländern selbst, im Wunsch nach Freiheit, Würde und Selbstbestimmung, darin, dass man Unterdrückung, Korruption und Nepotismus satt hatte. Und in der Tat verdient dieser Wunsch solidarische Hilfe von denen, die sie leisten können.

Dazu gehört auch, dass Deutschland und Europa selbstbewusst und robust auftreten, Missstände anprangern und Reziprozität in der Behandlung anmahnen: Gerade Regierungen, die erwarten, dass ihre eigenen Staatsbürger, Organisationen und Medien in westlichen Gesellschaften alle Vorteile und Freiheiten genießen, müssen dies auch Ausländern in ihrem eigenen Land gewähren. Bisher ist das leider nicht so.



FRANK PRIESS
ist stellvertretender Leiter der
Hauptabteilung Europäische
und Internationale
Zusammenarbeit der

Konrad-Adenauer-Stiftung.
frank.priess@kas.de

Nostalgie und leere Versprechen



Sie unterstützen sich gegenseitig: Jacob Zuma und Robert Mugabe.

Im südlichen Afrika sind ehemalige Befreiungsbewegungen inzwischen dominante Parteien – und politischer Populismus ist weit verbreitet. Gern sprechen die Führer über ihre Teilnahme am Kampf gegen die imperialistischen Unterdrücker. Zugleich zeigen sie wenig Bewusstsein dafür, dass die Bevölkerung immer noch unter extremer gesellschaftlicher Ungleichheit leidet.

Von Henning Melber

Die Zimbabwe African National Union (ZANU-PF) ist seit 1980 an der Macht, in Namibia regiert seit 1990 die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO), und seit 1994 hat der Afrikanische Nationalkongress (ANC) jede Regierung in Südafrika gebildet. Diese Parteien bedienen sich allesamt

weiterhin antiimperialistischer Rhetorik – nur dass diese inzwischen dazu dient, von politischen Misserfolgen abzulenken. Die Hoffnung der Menschen auf sozioökonomischen Wandel jedoch ist unerfüllt geblieben.

Unter der Herrschaft der weißen Minderheit zog die Legende von der heroischen Befreiung. Die Menschen glaubten, dass die antikolonialen Bewegungen ihren politischen Einfluss dazu nutzen würden, das Leben der Menschen zu verbessern, sobald sie an der Macht wären. Man erwartete Wohlstand und soziale Gerechtigkeit.

Nach der Unabhängigkeit hielten die meisten früheren Befreiungsbewegungen den Einfluss ihrer Parteien auf Regierung und Staat nicht nur für legitim, sondern für endlos. Sam Nujoma, der von 1960 bis 2007 die SWAPO führte und von 1990 bis 2005 Staats-

oberhaupt Namibias war, wurde nach seiner Präsidentschaft offiziell zum „Gründervater“ erhoben. 2010 sagte er auf dem Kongress der Jugendorganisation der SWAPO, man solle „aufmerksam sein und wachsam bleiben gegen Täuschungsversuche von Opportunisten und unpatriotischen Elementen“. Auf diese Weise, so weiter, könnte die SWAPO „die nächsten TAUSEND JAHRE“ regieren.

TRAUMATISIERTES SIMBABWE

Mehr noch als Nujoma verkörpert Simbawes Präsident Robert Mugabe den autokratischen Herrscher, dessen Autorität im historischen Kampf wurzelt. Wer es wagt, ihn zu kritisieren, gilt als Verräter. Tatsächlich hat er mehrere heftige Machtkämpfe innerhalb der Befreiungsbewegung überlebt. Als er sich mit Joshua Nkomo überwarf, einem ehemaligen Freiheitskämpfer und dem ersten Vizepräsidenten Simbawes, kamen bei der Operation „Gukurahundi“ an die 20 000 Menschen ums Leben. Es ist Mugabe, der festlegt, wer zum Volk gehört und wer sein Feind ist.

Während des Befreiungskampfes war es tödlich, des Verrats bezichtigt zu werden. Die Militärobersten forderten uneingeschränkte Loyalität – das gab den Bewegungen Einigkeit und hielt sie lebensfähig. Abweichende Meinungen waren inakzeptabel. Der indische Soziologe Ashis Nandy beschrieb die Verinnerlichung der Machtchiffren 1983 in seinem Buch „Der Intimfeind“. Noch heute erwarten Parteiführer im südlichen Afrika absolute Loyalität – nur geht es jetzt nicht mehr um Rebellion, sondern um den Erhalt ihrer Regimes.

Vom Terror der ZANU-PF traumatisiert, hegen viele Simbawer heute Resentiments gegen Mugabe. Unter den Führungspersönlichkeiten des Kontinents aber gilt er als „antiimperialistischer Panafrikaner“. In diesen Kreisen wird er bewundert wie kein anderer. Dass Simbabwe unter seiner Herrschaft unter Hyperinflation, Cholera-Ausbrüchen und anderen massiven Problemen zu leiden hatte, spielt keine Rolle. Im Gegenteil: Sobald auf Treffen der südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (Southern African Development Community – SADC) Kritik an Mugabe geübt wurde, stimmte der 2014 verstorbene sambische Präsident Michael Sata, auch „King Cobra“ genannt, Lieder aus dem Freiheitskampf an.

Tatsächlich half die SADC Mugabe an der Macht zu bleiben. Als die ZANU-PF in mehreren Runden der Parlaments- und Präsidentenwahlen 2008 verlor, antwortete Mugabe darauf mit Gewalt. Um das Blutvergießen zu beenden, verzichtete Morgan Tsvangirai auf seine aussichtsreiche Präsidentschaftskandidatur. Die SADC billigte Mugabes Verhalten und vermittelte eine „Regierung nationaler Einheit“, in der Tsvangirai Mugabes Ministerpräsident wurde. Die schiefe Neuordnung hielt nicht lange. Tsvangirai wirkte schwach – bei der nächsten Wahlrunde fünf Jahre später verlor seine Partei.

Trotz seiner unseligen Erfolgsgeschichte wurde Mugabe 2015 zum Präsidenten der Afrikanischen Union ernannt. Damals war durchaus bekannt, dass er vor Gewalt und Mord nicht zurückschreckt. Trotzdem lobte ihn Hage Geingob, der kurz zuvor sein Amt als Namibias dritter Präsident angetreten hatte, als Vorbild.

Es ist nicht neu, dass die Legende vom Befreiungskampf dazu dient, die Menschen von den gegenwärtigen Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten abzulenken. In seinem bahnbrechenden Manifest

„Die Verdammten dieser Erde“ beschrieb Frantz Fanon bereits Anfang der 1960er Jahre die „Missgeschicke des nationalen Bewusstseins“. Er warnte, dass auf die Unabhängigkeit folgenden Regimes anfällig seien für Misshandlung, Belästigung und Einschüchterung der Menschen. Die Partei, die an der Macht ist, „kontrolliert die Massen ... um sie ständig daran zu erinnern, dass die Regierung Gehorsam und Disziplin erwartet“, diagnostizierte er.

Nationale Souveränität ging Hand in Hand mit dem Versprechen einer besseren Zukunft. Allerdings bedeutete sozialer Wandel meist schlicht, dass eine neue Elite die politische Macht übernahm und sich der Honigtöpfe bediente. Zwischen der großen Mehrheit der Bevölkerung des südlichen Afrikas und den wenigen Privilegierten besteht nach wie vor eine riesige Kluft. Propagiert wird aber, dass alles Unrecht aus der kolonialen Vergangenheit stamme und das neue Regime alles tue, um den Menschen ein besseres Leben zu ermöglichen.

Es gibt Stimmen, die sagen, aus dem Slogan „a luta continua“ – Portugiesisch für „der Kampf geht weiter“ – sei „die Plün-

derungen gehen weiter“ geworden („the looting continues“). Der südafrikanische Aktivist Mphutlane wa Bovele beschuldigt die neue politische und wirtschaftliche Elite der „Neigung zur Kleptomanie“ und der „massiven Entpolitisierung“. „Sie wollen uns weismachen, dass der Kampf vorbei ist, dass alles, worauf wir wütend sind, nur Überreste der alten Ordnung sind.“ Angriffe auf die Pressefreiheit runden das Gesamtbild ab.

In Südafrika zog Jacob Zuma erfolgreich die populistische Karte gegen seinen intellektuellen Rivalen und Vorgänger Thabo Mbeki. Er gab vor, gegen das Establishment zu rebellieren und die Versprechen der Befreiungsbewegung zu erfüllen. Zuma personifiziert eine „Zulu-Kriegskultur“ und sang bei politischen Kundgebungen oft das Lied „Bring mir mein Maschinengewehr“.

Es zeichnet sich jedoch zunehmend ab, dass diese populistischen Tricks ihm nicht mehr lange helfen werden. Nach siebenjähriger Amtszeit sprechen seine mageren Leistungen deutlichere Worte als seine Rhetorik. Die Südafrikaner haben keinen Nerv mehr für das, was als Geiselnahme

„Brüder mit verschiedenen Müttern“

Trevor Noah bezeichnete Donald Trump und Jacob Zuma Mitte November 2016 als „Brüder mit verschiedenen Müttern“. Damit verwies er auf den Niedergang Südafrikas, nachdem es einen ANC-Führer gewählt hat, den Anhänger fälschlicherweise für einen charismatischen Gegner des Establishments hielten. Noah ist ein südafrikanischer Komiker, der in den USA die satirische Fernsehshow „The Daily Show“ macht.

Tatsächlich gibt es Gemeinsamkeiten. Die Journalistin Ranjeni Munusamy bemerkte,

dass beide Politiker ihre Kinder als „Business-Fronten so ideal positionieren, dass sie finanziell von der Regierung und den politischen Beziehungen ihrer Väter profitieren.“ Die Amerikaner bezeichnen derartige Arrangements in Entwicklungsländern als „Crony Capitalism“.

Auffallend ist außerdem, dass sowohl Zuma als auch Trump für ihre Frauenfeindlichkeit bekannt sind. Zuma wurde wegen Vergewaltigung angeklagt. Trumps Prahlerei, dass er Frauen an den Genitalien begrabscht habe, wurde

auf Tonband aufgenommen. Auch sprechen beide Politiker ihren Gegnern gern jegliche Legitimität ab, verletzen selbst aber völlig ungeniert schon die grundlegendsten Verhaltensregeln. Keiner der beiden hält es für nötig, Interessenkonflikte ausdiskutieren oder die nötige Transparenz zu schaffen, um zu fundierten Urteilen zu kommen. Obwohl sie beide offensichtlich privilegiert sind, haben sie es geschafft, sich bei den Wählern als Gegner des Establishments zu verkaufen, die sich vermeintlich für die breite Masse einsetzen.

Ein weiterer Südafrikaner, dem diese Ähnlichkeit auffällt, ist Tinyiko Maluleke,

Professor an der Universität Pretoria: „Wenn ich Trump wäre, würde ich versuchen, so viel wie möglich vom Aufstieg und vor allem vom bevorstehenden Fall Zumas zu lernen.“ Der große Unterschied ist, dass Zuma seit sieben Jahren im Amt ist. Die Enttäuschung der Menschen ist offensichtlich.

LINK

Munusamy, R., 2016: **Out-trumping Trump.** <https://www.dailymaverick.co.za/article/2016-11-21-out-trumping-trump-zuma-boards-another-populist-flight-of-fancy/>

des Staates („state capture“) bezeichnet wird und mit krummen Geschäften zu tun hat, an denen Zuma, sein engerer Kreis von Günstlingen und die Gupta-Brüder aus Indien beteiligt sind. Es wird Zuma nicht helfen, dass er inzwischen die ANC-Herrschaft mit der Wiederkehr von Gottes Sohn und sich selbst mit Jesus vergleicht.

Bei Wahlen hat die wichtigste Oppositionspartei – die Demokratische Allianz (DA) – an Boden gewonnen. Ein Sieg bei nationalen Wahlen ist zwar in absehbarer Zeit noch unwahrscheinlich. Aber die bislang ungefährdete Mehrheit des ANC schrumpft. Der Druck auf Zuma, abzutreten, wächst – langsam, aber stetig.

Grund zur Sorge ist, dass nun ein anderer versucht, dessen einst rebellische Rolle zu übernehmen. Julius Malema ist ein ehemaliger Zuma-Verbündeter, der früher die ANC-Jugendliga anführte. Nachdem er sich mit dem Staatsoberhaupt überworfen hatte, gründete er die Economic Freedom Fighters (EFF). Als echter Populist instrumentalisiert Malema reale Sorgen und Nöte der Menschen für politische Zwecke, ohne wirkliche Lösungsansätze zu nennen. Beobachter warnen, dass er noch zerstörerischer sein könnte als Zuma. In Namibia und Simbabwe sind Demagogen dieses Kalibers nicht in Sicht,

die eines Tages die Führung übernehmen könnten. SWAPO und ZANU-PF haben noch immer beziehungsweise erneut volle Kontrolle. Sie sind das System – und dieses wird zunehmend als kaputt beschrieben. Die Menschen wissen, dass sich die Führer, die gern vom Unabhängigkeitskampf durch die Welt bewegen und sich gern zu opulenten Banketts mit anderen Staatschefs treffen.

SCHLECHTE REGIERUNGSFÜHRUNG

Bei Fidel Castros Beerdigung in Kuba lobte Namibias Präsident Geingob dessen Haltung: „Die Befreiung der Unterdrückten sollte niemals dem wirtschaftlichen Gewinn, sondern allein besserem Gewissen dienen.“ Die Namibier reagierten darauf mit Sarkasmus. Ein Leitartikel der Tageszeitung *The Namibian* hielt Geingob vor, „links zu reden und rechts zu gehen“.

Heute sind die dominierenden politischen Parteien in Angola, Mosambik, Namibia, Simbabwe, Südafrika und Tansania ehemalige Befreiungsbewegungen. Ihre Legitimität und Glaubwürdigkeit wird durch schlechte Regierungsführung, verbrochene Netzwerke und leere Versprechen ausgehöhlt. Was sie stärkt, ist das gegen-

seitige Versprechen, einander im Notfall zu helfen. Dass dieses Netzwerk sehr effektiv sein kann, musste Simbawes Oppositionsführer Tsvangirai erfahren. Die mächtigen Männer lieben Verschwörungstheorien und bezichtigen gern jeden, der sie zu kritisieren wagt, als Erfüllungsgehilfen des westlichen Imperialismus.

Zur Rechenschaft wollen sie nicht gezogen werden – weder von den Wählern noch von der Justiz. Vor wenigen Jahren wurde das SADC-Tribunal auf Eis gelegt, weil die Richter Mut zur Rechtsprechung gegen staatliche Willkür gezeigt hatten. Es ist ein gutes Zeichen, dass Südafrikas Öffentlichkeit wenig begeistert ist von Zumas Entscheidung, die südafrikanische Mitgliedschaft im Internationalen Strafgerichtshof zu beenden.

Das „Big Men“-Syndrom ist integraler Bestandteil des Populismus im südlichen Afrika. Indem die Führer ihresgleichen bejubeln, applaudieren sie vor allem sich selbst. Dass Südafrikas erster schwarzer Präsident Nelson Mandela den gleichen Respekt verdient wie sie, finden die Männer vom Schlag eines Mugabe oder Nujoma übrigen nicht. Denn während sie den bewaffneten Kampf anführten, war er jahrzehntelang auf Robben Island inhaftiert.

Aber die Menschen sehen das anders. Die meisten Afrikaner bewunderten Mandela. Er war in seinem Land populärer als Nujoma oder Mugabe in ihren Ländern, und sein Ziel war Versöhnung und die Schaffung einer Nation.

Alte und neue Elite: Elizabeth II. begrüßt den namibischen Präsidenten Hage Geingob und seine Frau im Buckingham-Palast.



HENNING MELBER
ist Direktor emeritus der Dag Hammarskjöld Stiftung in Uppsala und Extraordinary Professor der Universitäten in Pretoria und Bloemfontein. Der Sohn deutscher Einwanderer ist seit 1974 Mitglied der SWAPO.
henning.melber@nai.uu.se

QUELLEN

Wa Bofelo, M., 2010: „Shoot the Boers!“ Deflecting attention from new songs of protest. <http://www.pambazuka.org/governance/%E2%80%98shoot-boers%E2%80%99-deflecting-attention-new-songs-protest>
Nandy, A., 1982: *The intimate enemy*. Delhi: Oxford University Press.

Gefährliches Freund-Feind-Denken

Für Recep Tayyip Erdogan gibt es keine Grautöne. Er kennt nur Schwarz oder Weiß, Gut oder Böse, für oder gegen mich. Der türkische Staatspräsident versteht es, sich zu inszenieren, seine Anhänger aufzustacheln, seine Gegner zu denunzieren und im selben Atemzug trotzdem von nationaler Einheit zu sprechen. Die gibt es aber schon lange nicht mehr. Erdogans Politik der Spaltung und Eskalation bereitet dem Land massive Probleme.

Von Timur Tinç

Ziel Erdogans und seiner islamisch-konservativen Partei AKP war es nach ihrem erdrutschartigen Wahlsieg im Jahr 2002, das Land aus seiner tiefen Wirtschaftskrise zu befreien. Gleichzeitig begann Erdogan, die Türkei Schritt für Schritt nach seinen religiösen und konservativen Wertevorstellungen umzubauen und den ihm verhassten Laizismus von Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk zurückzudrängen.

Gewerkschaftler, Linke, Aleviten oder Homosexuelle – all diese Menschen sind dem 62-Jährigen ein Dorn im Auge. Als vornehmlich diese Gruppen im Sommer 2013 im Gezi-Park gegen ihn protestierten, ließ er die Polizei hart gegen die Demonstranten vorgehen. Aber auch aus Freunden Erdogans können Feinde werden.

Lange Zeit waren die Anhänger des Predigers Fethullah Gülen für ihn gern gesehene Helfer. Gülen floh 1999 ins Exil in die USA, weil ein Video aufgetaucht war, in dem er seine Anhänger anwies, den Staatsapparat zu unterwandern. Im Gegensatz zu den Gülen-Anhängern hatte die AKP kein qualifiziertes Personal im Staats- und Beamtenapparat. Also ging die AKP bei ihrer Machtübernahme ein Zweckbündnis mit ihren muslimischen Brüdern ein.

Mit Hilfe der Staatsanwälte der Gülen-Bewegung konnte Erdogan sich in den ersten Regierungsjahren unliebsamer Gegner entledigen wie etwa Mitgliedern angeblicher Verschwörergruppen. Dann begann jedoch ein Streit zwischen Gülen-Anhängern und der AKP um Posten und Macht, und der Präsident erklärte der „Parallelstruk-

tur“ nun den Krieg. Erdogan ließ Tausende Staatsanwälte und Polizisten versetzen und Hunderte entlassen, die der Gülen-Bewegung zugerechnet wurden.

Am 15. Juli 2016 kam es zu einem gescheiterten Putschversuch gegen die AKP-Regierung, bei dem mehr als 200 Menschen starben und der Erdogan in die Hände spielte. Er machte die Gülen-Bewegung dafür verantwortlich. Erdogan ließ den Ausnahmezustand ausrufen und regiert seither per Dekret. Zehntausende Menschen wurden mit dem Vorwurf, sie gehörten zur Gülen-Bewegung, verhaftet; mehr als 120 000 Menschen verloren ihren Job, ganz gleich, ob die Anschuldigungen stimmen oder nicht.

Auch die kurdische Minderheit in der Türkei nutzt Erdogan, wie es ihm gefällt. Im Zuge des Friedensprozesses mit der kurdischen Terrororganisation PKK hatte der Staatspräsident Politiker der prokurdischen Partei HDP als Vermittler gebraucht. Letztlich ging es ihm aber nur um die kurdischen Wählerstimmen. Erdogan kündigte den Friedensprozess im Juli 2015 auf, unter anderem, weil die HDP wenige Wochen zuvor als Oppositionspartei ins Parlament eingezogen war. Das konterkarierte Erdogans Pläne, ein Präsidialsystem zu installieren, weil der AKP damit die nötige Zweidrittelmehrheit fehlte. Deshalb wurden Politiker der HDP im November 2016 mit dem Vorwurf, Terrorpropaganda für die PKK gemacht zu haben, inhaftiert. Unlängst wurden Haftstrafen von 142 Jahren für ihre Vorsitzenden Selahhatin Demirtas und 83 Jahre für Figen Yüksekdağ gefordert.

Die Konsequenzen waren und sind fatal. Die türkische Armee führt Krieg gegen die PKK im Osten der Türkei, bei dem bereits zahlreiche Zivilisten starben. Viele junge Kurden, die die HDP als Hoffnungsträger gesehen hatten, haben sich den Rattenfängern der PKK und der TAK, der urbanen Jugendorganisation der PKK, angeschlossen. Seit Dezember 2015 wurden allein elf Terroranschläge mit mehr als hundert Toten verübt, zu dem sich die TAK bekannt hat oder verantwortlich gemacht wird. Ein Ende des Terrors ist nicht in Sicht.



Der türkische Staatspräsident Erdogan spaltet sein Land durch eine gefährliche Freund-Feind-Politik.

„Wir werden alle Terroristen eliminieren“, tönt Erdogan und meint damit auch die Gülen-Anhänger. Seitdem die türkische Lira ins Bodenlose stürzt, sind für ihn auch Leute, die Dollars mit sich herumtragen, Terroristen. Verantwortlich für all die Probleme der Türkei sind laut Erdogan dunkle Mächte, ausländische Geheimdienste und die Zinslobby. Dass er vielleicht selbst Schuld an auch nur irgendeinem der vielen Probleme trägt, das kommt Erdogan nicht in den Sinn. Wer das denkt und ausspricht, der ist sein Feind und wird vom Demagogen Erdogan verfolgt.



TIMUR TINÇ
ist Redakteur bei der
Frankfurter Rundschau.

t.tinc@fr.de

Die Nation definieren

Ägypten steckt in der Krise. Um seine Macht zu festigen, gibt sich Präsident Abdel Fattah al-Sisi als Retter des Landes. Jede abweichende Meinung entwertet er als anti-national. Nicht jeder Ägypter gehört seinem Begriff nach zur Nation.

Von Ingy Salama

Al-Sisi macht gern großartige nationalistische Erklärungen. „Ägypten ist die Mutter der Welt und wird so groß sein wie die ganze Welt“, verkündete er 2013, nachdem das Militär Präsident Mohammed Mursi gestürzt hatte. Damals war al-Sisi ein hochrangiger General, Mitglied des Obersten Rates der Streitkräfte (SCAF) und Verteidigungsminister. Im Mai 2014 gewann er die Präsidentschaftswahl. Allerdings war dies keine freie Wahl, da die Kandidaten der wichtigsten Oppositionskräfte nicht antreten durften.

Ägypten ist eine Nation in der Krise. 2011 gingen bei einem Aufstand während des arabischen Frühlings die Streitkräfte gegen ihren Führer Hosni Mubarak vor und setzten der Militärdiktatur ein Ende. Aus freien Präsidentschaftswahlen im Jahr 2012 ging Mohammed Mursi von den Muslimbrüdern als Sieger hervor. Er bekam zwar in der ersten

Runde kaum mehr als ein Viertel der Stimmen, doch die übrigen Kandidaten schnitten noch schlechter ab. In der zweiten Runde gewann Mursi mit 51,7 Prozent.

Mursi wurde Staatsoberhaupt, war aber schon bald unbeliebt, weil es ihm um die Macht seiner Partei ging, er sich aber wenig um die gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes kümmerte. Viele Ägypter waren froh über den Putsch, der Mursis Präsidentschaft beendete. Doch leider ist die wirtschaftliche Situation nach wie vor katastrophal. Die Inflation ist hoch, Arbeitsplätze sind knapp, und viele Menschen haben keine angemessene Einkommensmöglichkeit.

In diesem komplexen politischen Szenario ist es interessant, wie verschiedene Akteure den Begriff der „Nation“ verwenden. Ein revolutionärer Slogan von Anfang 2011 war „Brot, Freiheit und soziale Gerechtigkeit“. Er vereinte die Menschen - ob Sunniten, Schiiten oder Christen. Das Gefühl der Einheit erinnerte die Menschen an die antikoloniale Solidarität unter britischer Herrschaft. Mit „Nation“ waren „alle Ägypter“ gemeint.

Die Militärführung passte sich der neuen Situation schnell an. Der SCAF rückte von Mubarak ab, übernahm die Macht und gab sich als „Hüter der Revolution“. Er stützte sich auf Begriffe wie „Festung der Sicherheit“ und „Schutzschilder“. Ein Plakat, auf dem ein Soldat mit einem Baby zu sehen ist, wurde enorm populär. Das Baby symbolisierte die Notwendigkeit nationaler Solidarität.

Dadurch, dass sich der SCAF mit den Aufständischen solidarisierte, verhinderte er, dass es zu Massengewalt kam. Zugleich aber verschaffte er dem Militär, das immer eine etwas unklare Position einnahm, erhebliche Privilegien. Ihre Unterstützer bezeichneten die Generäle als „ehrenhafte Bürger“, während sie die Jugendaktivisten, die den Aufstand anführten, als „Gangster“ verunglimpften. In den Augen des SCAF ist nicht jeder Ägypter ein würdiges Mitglied der Nation.

Da die SCAF-Herrschaft nicht ewig andauern konnte, mussten Wahlen abgehalten werden. 2012 gewann zum Schrecken des Militärs die Muslimbruderschaft. Zwölf Monate lang kontrollierte daraufhin der SCAF die

Streitkräfte, während Mursi versuchte, die staatlichen Behörden komplett in die Hand seiner Partei zu bringen.

MURSIS SPALTEREI

Die Muslimbruderschaft basiert auf dem sunnitischen Glauben – und Mursis Haltung spaltete die Gesellschaft. In den Medien war zunehmend von „uns“ gegen „sie“ die Rede. „Wir“, das waren die Muslimbruderschaft und ihre Unterstützer, „sie“ hingegen die Anhänger des alten Regimes, weltliche Revolutionäre, Christen, die etwa zehn Prozent der Bevölkerung ausmachten, sowie eine kleine schiitische Minderheit.

Mursi tat alles, um das Bild des „geliebten treuen Herrschers“ abzugeben, der ohne das Geleit seiner Leibwächter zum Morgengebet geht. Er umgab sich mit Geistlichen, die die Medien mit „Träumen“ und „Visionen“ von Mursi und dem Propheten Mohammed fütterten. Auf der letzten großen öffentlichen Veranstaltung, die er vor seinem Sturz im Juni 2013 besuchte, ging es um Solidarität mit den sunnitischen Rebellen in Syrien. Ein strenger sunnitischer Geistlicher behauptete, Schiiten seien „schmutzig“, und forderte einen Dschihad (heiligen Krieg). Der syrische Diktator Baschar al-Assad gehört einer kleinen schiitischen Sekte an.

Statt sich der großen Probleme des Landes wie Armut und Ungleichheit anzunehmen, betrieben die Muslimbrüder Identitätspolitik. Sie hofften dank ihrer feurigen Unterstützer langfristig an der Macht zu bleiben. Bei freien Wahlen stimmte rund ein Viertel der Ägypter für die Bruderschaft. Das zeigte, dass die Idee, Ägypten zu einer Nation für sunnitische Muslime zu machen, einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung ansprach. Die Mehrheit überzeugte der Gedanke jedoch nicht.

Ende Juni 2013 hatten Mursi-Gegner 20 Millionen Unterschriften von Bürgern gesammelt, die den Rücktritt des Präsidenten forderten. Der SCAF stürzte Mursi daraufhin mit der Begründung, „den Wunsch des Volkes“ zu erfüllen.

HELDENVEREHRUNG

Heute will al-Sisi als „Held“ gesehen werden, der das Land vor einem Bürgerkrieg, wie er in Syrien oder dem Irak wütet, geschützt hat. Es ist ein regelrechter Persönlichkeitskult entstanden. Das Gesicht des

Personenkult: Süßigkeiten mit Präsidentengesicht.





Präsidenten findet sich nicht nur auf Straßenbannern, sondern auch auf T-Shirts, Halsketten und sogar auf Torten. Er setzt alles, was das Militär tut, mit dem Gemeinwohl gleich. Beobachter fühlen sich an den Militärführer Gamal Abdel Nasser erinnert, der Ägypten von 1952 bis 1970 regierte (siehe Kasten unten).

Zugleich unterscheidet das Regime systematisch die „Nation“ und diejenigen, die in Opposition gehen. Al-Sisi regiert Ägypten noch despotischer und repressiver als Mubarak und verfolgt die Muslimbrüder und ihre Anhänger als „Terroristen“. Glaubt man der Regierungspropaganda, so unterscheiden sich diese nicht von ISIS oder Al Kaida.

Die Repressionen sind hart. Laut Human Rights Watch töteten Sicherheitskräfte am 14. August 2013 mindestens 817 Menschen, als sie die gewaltfreien Protestlager der Muslimbrüder in Kairo angriffen. Und es gab weitere Tote. Viele wurden zum Tode verurteilt oder landeten massenweise hinter Gittern. Die staatliche Unterdrückung treibt einige bisher moderate Islamisten in die Arme

von Terrororganisationen und entzieht Demokratie-Befürwortern und zivilgesellschaftlichen Organisationen ihren Spielraum.

Al-Sisi spricht zwar permanent von islamistischen Bedrohungen, achtet aber sorgfältig darauf, nicht gegen die Sunniten allgemein zu wettern. „Wir sind gottesfürchtige Leute“, sagte er im Fernsehen, nachdem er Mursi entmachtet hatte. „Wer glaubt, die besiegen zu können, die gottesfürchtig sind, leidet unter Wahnvorstellungen.“ Und auch hier spielen Träume eine Rolle. So erzählt al-Sisi, der extrem religiöse ehemalige Präsident Anwar el-Sadat habe ihm im Traum gesagt, er werde Präsident.

Al-Sisi hat muslimische Geistliche dazu aufgefordert, seine antiislamistische Kampagne zu unterstützen. Moscheen sollen ihren Aufruf zum Gebet vereinheitlichen und die Sprache verwenden, die auf der Website des Ministeriums für religiöse Stiftungen vorgeschlagen wird. Wie zu Nassers Zeiten soll der Staat den Glauben kontrollieren.

Seit dem Sommer 2013 ist es in Ägypten zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen gekommen – darunter Tötungen, spur-

loses Verschwinden, Inhaftierung und Folter. Es gibt keine Meinungsfreiheit, und viele der jungen Revolutionäre von 2011 haben sich ins Private zurückgezogen (siehe Basma El-Mahdy in D+C/E+Z e-Paper 2017/01, S. 17). Die Wirtschaftskrise hat sich verschärft und die Forderung nach „Brot, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit“ ist so relevant wie eh und je. Großartige nationalistische Versprechen verbessern die Lage nicht – vor allem nicht, wenn mit „Nation“ nicht wirklich jeder Ägypter gemeint ist.



INGY SALAMA

ist eine ägyptische Journalistin. Sie dankt Ahmed Abd Rabou von der Universität Kairo, Khalil

Al-Anani vom Doha Institut und Hosam El Sökkari, ehemals BBC, für ihre Unterstützung. ingysalama@hotmail.com

Ein altes Land

Das alte Ägypten wurde von Pharaonen regiert. Das Land hat eine lange Geschichte von Zivilisation – so wurde die Nutzung des Nilwassers schon vor Jahrtausenden systematisch geregelt. Die Ufer des Flusses waren zwar immer dicht besiedelt, aber Bürgerkriege gab es nie. Ägyptens friedliche Kultur ist eher von landwirtschaftlichen Gemeinschaften geprägt als vom für die meisten arabischen Ländern typischen Nomadentum.

Man könnte glauben, in Ägypten bestehe selbstverständlich nationale Einheit. Jedoch gab es unterschiedliche Ideen von Nation, die ver-

schiedenen politischen Zwecken dienten. Ein Wendepunkt in der modernen Geschichte Ägyptens war die antikoloniale Bewegung der freien Offiziere im Jahr 1952. Bei einem Militärputsch wurde die mit Großbritannien verbündete Monarchie gestürzt. Informeller Anführer war Gamal Abdel Nasser, der 1956 Präsident wurde.

Nassers Ziel war es, eine starke, sozialistische Nation aufzubauen; er feierte die Streitkräfte als Treiber der Modernisierung. Widerspruch wurde abgetan als den imperialistischen Mächten dienlich – Gleiches galt für die Muslimbrüder. Nas-

ser ging rigoros gegen sie vor, nachdem ein Mitglied versucht hatte, ihn umzubringen. Paradoxerweise sind die Muslimbrüder selbst ein Produkt der antikolonialen Stimmung. In ihrer Wut über die Fremdherrschaft hatten sich ihre Gründer dem Glauben zugewandt. Die Ideologie der Bruderschaft war mit der Nassers nicht vereinbar.

Das Regime machte einige Umverteilungsmaßnahmen, wie etwa eine Landreform. Die Idee einer nationalen Einheit war jedoch panarabisch, da Nasser Macht über die gesamte Weltregion anstrebte. Israel gegenüber war er aggressiv.

Als Nasser 1970 starb, folgte ihm Vizepräsident Anwar el-Sadat. Auch Sadat verließ sich auf das Militär, aber er berei-

nigte seine Regierung bald von den „Nasseristen“. Einige politische Gefangene, darunter Islamisten, wurden befreit. Sadat hatte einen anderen Begriff von nationaler Einheit. Sein Schlagwort war „Ägypten zuerst“. Er kultivierte von sich das Bild des frommen Muslims, schloss Frieden mit Israel und machte Ägypten zum Verbündeten der USA.

Islamisten waren über den Friedensvertrag mit Israel erzürnt und Sadat wurde im Oktober 1980 von einem radikalen Muslim getötet. Sadats Nachfolger wurde Hosni Mubarak, seine Herrschaft endete 2011 im arabischen Frühling. Mubarak führte Sadats Politik im Wesentlichen weiter, stellte aber den Glauben nicht so in den Vordergrund.

Nationaler Selbstmord

Im Schnitt wurden von Mai bis Dezember täglich 30 Menschen auf den Philippinen ermordet. Darunter waren Kleinkinder, Teenager und Mütter. Manche wurden von der Polizei, andere von maskierten Killern erschossen. Der populistische Präsident Rodrigo Duterte feuert die Gewalt an.

Von Alan C. Robles

Bis Januar wurden 6000 Tote gezählt – Tendenz weiter steigend. Kein einziger Mörder kam vor Gericht. Derweil arbeitet der Kongress an der Wiedereinführung der Todesstrafe und dem Absenken des Alters der Strafmündigkeit auf neun Jahre. Erwogen werden auch Verfassungsänderungen, Notstandsrechte für den Präsidenten und die Erlaubnis für Sicherheitskräfte, Personen ohne Haftbefehl lange festzuhalten.

Im Mai siegte Duterte bei den Präsidentschaftswahlen. 17 Millionen von 41 Millionen Wählern stimmten für ihn. Mar Roxas, der zweitplatzierte von mehreren Kandidaten, bekam 10 Millionen Stimmen.

Im Wahlkampf warnte Duterte vor einer Kriminalitäts- und Drogenwelle, die das

Land erfasse und drastisches Handeln erfordere. Auf Menschenrechte legte er keinen Wert. „Gott wird weinen, wenn ich Präsident bin“, kündigte er an. Er wolle die Bucht von Manila mit den Leichen zehntausender Verbrecher und Drogensüchtiger füllen. Als Bürgermeister von Davao stand er im Ruf, mit Todesschwadronen zu kooperieren.

Seine widerliche Haltung begeisterte Millionen. Offenbar bediente Duterte einen aufgestauten Zorn, der mit Armut, Ungleichheit, Korruption und Politikversagen zu tun haben muss. Formal ist das Land eine Demokratie, aber die Politik beherrscht eine kleine Elite reicher, oligarchischer Familien. Duterte gehört nicht dazu, verbündet sich nun aber mit ihnen, obwohl er sie früher beschimpfte.

Dutertes Team nutzte Facebook aggressiv. Seine Anhänger verbreiteten Botschaften und Falschmeldungen, verspotteten andere Kandidaten und schüchterten Kritiker ein.

Duterte versprach, innerhalb von sechs Monaten Kriminalität, Korruption und Reissmuggel zu beenden. Das hat er natürlich nicht getan. Seine Errungenschaften sind die Inklusion der Kommunisten in



der Regierung, die Hinwendung zu China und Russland sowie die Neubestattung des früheren Diktators Ferdinand Marcos auf dem National Heroes Cemetery in Manila. Demonstranten protestierten massenhaft gegen diese Ehrung des Autokraten, der das Land in den 1960er, 70er und 80er Jahren ausplünderte.

Dutertes Drogenkrieg kennt ein einziges Mittel: Verdächtige werden eliminiert – und das gilt für alle, die in den Weg geraten. Die Philippinen haben eine lange Historie außergerichtlicher Hinrichtungen, aber die aktuelle, geradezu industriell betriebene Praxis ist neu. Journalisten bleiben nun über Nacht in Manilas Polizeiwachen, um von Leichen zu erfahren, und tagsüber versammeln sich Leute auf den Straßen, um Tote zu betrachten.

Als Duterte Ende Juni sein Amt antrat, forderte die Polizei Drogenabhängige auf, sich zu stellen. Hunderttausende folgten dem Aufruf. Ihre Namen wurden notiert, dann wurden sie fortgeschickt. Bald darauf waren viele von ihnen tot. Ermordet hatten sie „Tandems“ von je zwei Tätern auf einem Motorrad (siehe Kasten, S. 32).

Die Liste der Gräueltaten ist lang. Eine Mutter von zwei Kindern wird aus ihrem Haus gerufen und auf der Straße erschossen. Eine Teenagerin stirbt im Kugelhagel, weil sie im selben öffentlichen Verkehrsmittel wie ein Verdächtiger sitzt. Selbst Kinder sterben. Meist sind die Opfer arm; einige sind ehemalige Abhängige, die ihre Sucht besiegt hatten. Duterte spricht von „colletaral damage“.

Der Präsident scheint zwischen Filipinos und Drogensüchtigen als niedrigerer Lebensform zu unterscheiden. „Ich will

Demonstration gegen die Neubestattung von Diktator Ferdinand Marcos auf dem National Heroes Cemetery in Manila im November.



ehrlich sein, sind das Menschen?“, fragte er einmal. Er hat den Wunsch geäußert, 3 Millionen zu töten. Er spricht wie ein Nazi – und hat sich über Hitler auch positiv geäußert. Sein Standardgruß, eine geballte Faust am ausgestreckten Arm, ähnelt einem „Heil Hitler“.

FAKTEN SPIELEN KEINE ROLLE

Bislang wird etwa ein Drittel der Morde der Polizei zugeschrieben. Die Beamten geben dann an, ihr Opfer habe Widerstand geleistet. Der Rest des Blutvergießens wird offiziell Drogenbanden angelastet, aber die Todesschwadronen kooperieren allem Anschein nach mit den Sicherheitsorganen. Das Morden begann nach Dutertes Wahlsieg.

Zwei maskierte Mörder wurden voriges Jahr ergriffen, nachdem sie einen Antikriminalitätsaktivisten in Mindoro getötet hatten. Sie erwiesen sich als Polizisten. In einem anderen krassen Fall wurde ein Bürgermeister, den Duterte als Drogenhändler bezeichnet hatte, inhaftiert und von 20 Polizisten in seiner Zelle erschossen. Es hieß, er habe Widerstand geleistet. Duterte sagt, er stehe hinter den Tätern.

Medienberichten zufolge haben die Todesschwadronen lange Listen von Verdächtigen. Offenbar müssen die Polizeipräsidenten Quoten erfüllen und machen Druck auf lokale Behörden, Namen zu nennen. Es gibt auch Berichte über Unschuldige, deren Namen so erfasst wurden.

Ungleichheit spielt eine Rolle. Arme sterben, aber wer Geld und Kontakte hat, kommt davon – oder wird gleich in Ruhe gelassen. Der Enkel von Gloria Arroyo, einer Verbündeten Dutertes, wurde mit Rauschmitteln gefasst, aber sofort wieder entlassen. Hätte er zur armen Bevölkerung gehört, wäre sein Leichnam wohl auf der Straße gefunden worden.

Der Drogenkrieg beruht auch nicht auf Fakten. Es gibt kaum Belege für Dutertes Behauptung, die Philippinen würden zu einem „Narkostaat“. Amnesty International weist darauf hin, dass der Anteil der Menschen, die Drogen nehmen, auf den Philippinen UN-Daten zufolge unter dem internationalen Durchschnitt liegt.

Dem Präsidenten ist es gelungen, aus dem Image des starken Mannes politisches Kapital zu schlagen. Die Gesetzgeber erfüllen eifrig seine Wünsche. Nach mehreren

tausend Morden will der Kongress immer noch nicht außergerichtliche Hinrichtungen erkennen. Senatoren machten einen Kronzeugen lächerlich, der einem Ausschuss gegenüber zugab, er sei ein Mörder im Auftrag Dutertes. Derweil machen Abgeordnete Druck auf Kollegen, die gegen den Staatschef opponieren.

Im Wahlkampf versprach Duterte, die Oligarchie davonzufegen und Leistung zu belohnen. Sobald er gewählt war, stellte er dann ein Kabinett aus Spezis, Schmeichlern und Anhängern zusammen. Er ist jetzt offen mit der Elite verbündet und pflegt engen Kontakt zu den Marcos- und Arroyo-Clans. Ferdinand Marcos Jr. solle sein Nachfolger werden, hat er vorgeschlagen. Freilich hat der Nachkomme des Diktators keine Wahl gewonnen. Dutertes Amtsführung ist mörderischer, aber ansonsten kaum anders als die früherer Regierungen.

STREBEN NACH UNBEGRENZTER MACHT

Ein Unterschied ist allerdings wichtig. Duterte hat mit den Kommunisten Frieden geschlossen – und das entspricht seiner Absicht, die Verfassung zu ändern und selbst unbegrenzte Macht zu erlangen. Er höhlt die Verfassung schon mit seinen Erlassen aus. Es ist bezeichnend, dass er die Philippine Constabulary (PC) wieder einführen will. Diese militarisierte Polizei hatten die USA 1901 eingerichtet, um ihre koloniale Herrschaft durchzusetzen. Unter Marcos war sie für Mord, Folter, Korruption und Inkompetenz bekannt. Sie wurde 1991 abgeschafft – fünf Jahre nachdem die People's-Power-Bewegung Marcos gestürzt hatte.

Duterte kleidet sich lässig, wenn er ausländische Politiker trifft, und beleidigt sie gern – es sei denn, es handelt sich um Chinesen oder Russen. Er lehrt die Welt, auf Tagalog zu fluchen. Protokoll und Etikette bedeuten ihm nichts.

Dutertes Sprüche sind reine Realsatire. Mit „etwas Salz und Essig“ würde er Terroristen aufessen. Er prahlt damit, gemordet zu haben, und gibt zu, er habe als Strafverfolger Beweismittel manipuliert.

Leider sind viele Duterte-Anhänger immer noch begeistert. Ihren Social-Media-Angaben zufolge handelt es sich um Angehörige der unteren Mittelschichten und Migranten in Übersee. Für ein trügerisches Sicherheitsgefühl scheinen sie

bereit, eine noch mörderischere Version des 1986 vertriebenen Autokraten Marcos willkommen zu heißen. Was aus den Auslandsbeziehungen, der Verfassung und den Institutionen des Landes wird, ist offen. Klar ist, dass die Philippinen auf absehbare Zeit kein Modell der Stabilität werden. Sie stehen nun beispielhaft für abstoßende, staatlich gestützte Gewalt.



ALAN C. ROBLES
ist Journalist und
lebt in Manila.

editor@hotmanila.ph

Lexikon brutaler Gewalt

Unter Präsident Rodrigo Duterte setzen sich auf den Philippinen schreckliche neue Begriffe und Kürzel durch. Zu den wichtigsten gehören:

DDS – mörderisch, abgeleitet von Davao Death Squad (Todesschwadron Davao), mit der Duterte in seiner Zeit als Bürgermeister Davaos verbandelt war

DILAW – Gelb, die Farbe der People's-Power-Bewegung, die 1986 Ferdinand Marcos stürzte. Jegliche Gegner Dutertes werden jetzt als „dilaw“ bezeichnet

NANLABAN – Widerstand gegen Polizisten und offiziell deren Grund, zu schießen

OBOSEN – ausrotten, Dutertes ständige Drohung

TANDEM – zwei maskierte Mörder auf einem Motorrad: Einer fährt, der andere schießt

TOKHANG – verfassungswidrige polizeiliche Hausdurchsuchung ohne richterliches Mandat aufgrund einer erpressten „Einladung“

Populismus im Reich der Mitte

Seit Ende 1949 regiert die Kommunistische Partei Chinas die Volksrepublik in autoritärer Alleinherrschaft. Staats- und Parteichef Xi Jinping, der seit 2013 im Amt ist, macht zaghafte Liberalisierungsschritte wieder rückgängig und zentralisiert die Staatsgewalt erneut. Statt Bürgerrechte zu verwirklichen, setzt er auf Nationalismus.

Von Nora Sausmikat

Xi duldet kein Machtzentrum neben sich. Unter seiner Ägide wurden viele neue Führungsgremien geschaffen, und er selbst steht den meisten vor. Personenkult war lange verpönt, doch er lässt sich wieder als großer Führer feiern.

Xis Vorgänger war Hu Jintao. In Hus zehnjähriger Amtszeit bildeten sich Bürgerbewegungen heraus, die sich für mehr Rechtsstaatlichkeit einsetzen. Heute wird reglementiert: Unter Xi erließ die Volksrepublik mehr Gesetze als je zuvor (zu Umweltschutz, karitativem Handeln, Internetsicherheit, nationaler Sicherheit). In der Regierungszeit von Hu sprach sich die Justiz vereinzelt gegen politische Eingriffe in Gerichtsverfahren aus. Unabhängige Rechtsanwälte, zivilgesellschaftliche Organisationen und Blogger konnten begrenzt Einfluss ausüben. Rechtssicherheit war bei

Weitem noch nicht verwirklicht, aber es war die Zeit der „Bürgeranwölfe“, die versuchten, bloße Willkürherrschaft einzudämmen.

Seit Juli 2015 wurden indessen laut Presseberichten 319 Anwälte und Bürgerrechtsaktivisten verhört, festgesetzt oder zu Haftstrafen verurteilt. Im Januar 2017 hat der Präsident des Obersten Volksgerichts, Zhou Qiang, gesagt, die Partei stehe über der Justiz. Er warnte seine Kollegen vor „falschen westlichen Idealen“.

Das Verständnis von Staatsbürgertum, das sich allmählich entwickelte, wird wieder zurückgedreht. „Bürger“ begannen sich zu organisieren, zu partizipieren und mitzugestalten – wie etwa in Belangen der Stadtplanung. Heute gewinnen wieder die „Volksinteressen“, die allein die Partei vertritt, die Oberhand.

Bürgerschaftliches Engagement soll der Partei beim Aufbau eines Wohlfahrtsstaates helfen, aber nichts eigenständig gestalten. Soziale Sicherungssysteme sind in China erst im Entstehen, soziale Arbeit auch. Nichtstaatliche Organisationen (NGOs), die sich für die Durchsetzung und den Schutz von Bürgerrechten einsetzen, haben es schwer in China. Die Regierung duldet lediglich Unterstützung beim Aufbau von sozialer Wohlfahrt und notfalls bei der Bestrafung von Umweltsündern.

Mit Xis Machtübernahme gewinnt auch hochtrabender Populismus wieder an Fahrt. Seit seiner Amtsübernahme bemühen Regierung und Medien außenpolitisch offensiv den „chinesische Traum“ von der Rückkehr Chinas zu ehemaliger weltpolitischer Bedeutung. Xi stellt wieder einen Spitzenrang in Aussicht und lässt sich für seine neue Außenpolitik feiern. Rasante Aufrüstung und ehrgeizige internationale Infrastrukturvorhaben (siehe hierzu auch Afshan Subohi über Pakistan in E+Z/D+C e-Paper 2016/11, S. 45) runden das Bild ab.

Vor 16 Jahren begann die „China goes global“-Offensive – zunächst äußerst verhalten. Betont wurde der „harmonische Aufstieg“. Die Partei konzentrierte sich zuvor in den 80er und 90er Jahren mit riesigem Erfolg auf die ökonomische Modernisierung. Marktorientierte Reformen leiteten unter Deng Xiaoping ein Wirtschaftswunder ein – und für hunderte Millionen das Ende der Armut. Das verschaffte dem Regime in den Augen vieler Chinesen Legitimität.

Der Boom geht nun aber spürbar zu Ende. Die Wirtschaft wächst langsamer; in der Börsen- und Immobilienspekulation häufen sich Anzeichen der Blasenbildung. Gewaltige Umweltprobleme machen den Menschen zu schaffen, und es kommt immer wieder zu Protesten.

Nationalismus und Personenkult, Versprechen an die wachsende Mittelklasse, „grünes Wachstum“ und Freihandelsabkommen sind Schlagworte des neuen chinesischen Populismus. Aggressiver als zuvor wird an den Rand gedrängt, was irgendwie nach „westlicher Demokratie“ aussieht. Derweil steht aber Marktliberalismus, das hat Xis Auftritt bei dem Weltwirtschaftsforum in Davos gezeigt, ganz oben auf der Agenda.

China ist schon längst Teil einer globalen Staatengemeinschaft. Nun präsentiert sich das Reich der Mitte als Vorreiter für offene Märkte und wird zum weltweit größten Klimaschützer. Wir sollten genauer hinschauen, was dort passiert. Wir machen Geschäfte mit China. Die Menschen, die dort leben, dürfen uns nicht egal sein.

Der Personenkult um Xi Jinping erinnert an die Mao-Ära.



NORA SAUSMIKAT
leitet das China-Programm
der Stiftung Asienhaus
in Köln.
nora.sausmikat@asienhaus.de



Werden Sie
unser Fan auf
Facebook!



www.facebook.com/development.and.cooperation

The screenshot shows the Facebook profile page for 'D+C Development and Cooperation'. The page features a cover photo of a colorful building with a sign that reads 'EL PARAISO'. The profile picture is the 'D+C' logo. The page includes a navigation menu on the left with options like 'Home', 'Posts', 'Photos', 'About', and 'Likes'. The main content area shows a post from 'D+C Development and Cooperation' with the text: '++in brief++ Ancient #Egypt was ruled by Pharaohs. The country has a long history of organised civilisation. The use of Nile waters was systematically managed millennia ago. The river's shores have always been densely populated, but there is no history of civil strife.' Below the text is a black and white photograph of a group of people. The right sidebar contains a 'Magazine' section with a search bar, an 'Invite friends to like this Page' button, and an 'About' section with links for 'Message Now', 'www.dandc.eu', and 'Magazine'. The 'About' section also shows '153,307 Likes' and 'VISITOR POSTS'.



Wachsende Ungleichheit und Umweltgefahren

Der Hype der Globalisierung der 1990er Jahre endete mit der Finanzkrise 2008. Heute fürchten sich viele Menschen vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung, und populistische Bewegungen schüren diese Ängste. Wachsende Ungleichheit und globale Umweltgefahren stellen große Herausforderungen dar.

Von Jürgen Wiemann

Die erste Welle der Globalisierung endete im Ersten Weltkrieg. Die zweite wurde als Reaktion auf den Zweiten Weltkrieg eingeleitet, der auch eine Konsequenz der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre war. Die Säulen der neuen Weltordnung waren die UNO, das Bretton-Woods-System als internationale Finanz- und Währungsordnung, das multilaterale Zoll- und Handelsabkommen GATT, aus dem die Welthandelsorganisation (WTO) hervorging, sowie die wirtschaftliche Integration Westeuropas. Die Sowjetunion trat lediglich der UNO bei und zog einen „Eisernen Vorhang“ durch Europa, dessen sichtbarster Ausdruck 1961 die Berliner Mauer wurde.

Nach dem Mauerfall 1989, dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Auflösung des Ostblocks begann die jüngste Welle der Globalisierung. Sie erfasste nicht nur die ehemaligen Staaten des Warschauer Pakts, sondern auch China und Indien, die ihre weltwirtschaftliche Bedeutung vor der Kolonialzeit zurückerlangen wollen. Ebenso wie die anderen Schwellenländer verdanken beide Länder ihre wirtschaftliche Dynamik seit den 1980er bzw. den 1990er Jahren der Integration in die Weltmärkte.

Allerdings hat sich der Kapitalismus seit den 1970er Jahren grundlegend gewandelt. Das Bretton-Woods-System fester Wechselkurse und eingeschränkter internationaler Kapitalmobilität wurde 1971 aufgegeben und der Finanzsektor schrittweise dereguliert. Dadurch kam es zu einer zunehmenden „Finanzialisierung“ der de-



Viele Unternehmen profitieren von der Globalisierung: Tiefkühlpizza von Dr. Oetker in einem Supermarkt in Shanghai.

regulierten Volkswirtschaften, das heißt zu einem wachsenden Anteil der Banken und ihrer Finanzdienstleistungen am Bruttoinlandsprodukt, zur Zunahme öffentlicher und privater Schulden sowie zu vermehrten kurzfristigen Spekulationen.

Das zunehmend rücksichtslose Verhalten von Großbanken und Finanzspekulantent wirkt sich doppelt nachteilig aus: Zum einen wird die zunehmende Einkommensungleichheit zum größten Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung und die politische Stabilität der betroffenen Länder, andererseits vergrößert die Volatilität

der international verflochtenen Finanzmärkte das Risiko von Finanz- und daraus folgenden Weltwirtschaftskrisen.

Schon die Asienkrise von 1997 brachte die inhärente Instabilität des global entfesselten Kapitalismus in Erinnerung, und die unerwartet tiefe Finanzkrise von 2008 setzte dem Globalisierungshype der 1990er Jahre ein jähes Ende. Um eine erneute Weltwirtschaftskrise mit anschließender Depression zu verhindern, kehrten Regierungen und Zentralbanken zu einer aktiven Finanz- und Geldpolitik zurück und gaben damit den Lehren von John

Maynard Keynes recht, die in den 1980er und 1990er Jahren von der neoliberalen Marktideologie verdrängt worden waren.

Die Finanzkrise von 2008 begann in den USA, die sich davon schneller erholten als die EU: Während die mutigen Konjunkturprogramme vor allem der Obama-Regierung relativ nachhaltig Wirkung zeigten, ist der Spielraum für aktive Konjunkturpolitik in der Eurozone eingeschränkt. Exportförderung und Importbegrenzung durch Abwertung der nationalen Währung ist nicht mehr möglich, ohne die gemeinsame Währung aufzugeben. Und die Sparauflagen der Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) lassen keine staatliche Nachfragebelebung zu, wenn die Verschuldung den vorgegebenen Rahmen sprengt.

EINGRIFF DER EZB

In diesem Dilemma versucht die Europäische Zentralbank (EZB), die Notlage der defizitären Länder durch Senkung der Zinssätze bis gegen null und durch den Ankauf von Staatsanleihen zu lindern. Doch eine lockere Geldpolitik ist riskant, weil sie neue Spekulationsblasen und dadurch neue Krisen auslösen kann. Außerdem kann Geldpolitik allein die Probleme nicht lösen, solange die Bundesregierung und andere nordeuropäische Regierungen keine Veranlassung sehen, zugunsten einer nachhaltigen Erholung in der gesamten Eurozone von ihrer Austeritätspolitik abzurücken.

Die Gründerväter des Euros hatten erwartet, dass die Währungsunion allmählich zu wirtschaftlicher Konvergenz zwischen den reicheren und den ärmeren Ländern führen werde. Tatsächlich nimmt jedoch die Divergenz zu. Der Eurozone fehlen wichtige Mechanismen, etwa eine gemeinsame Einlagensicherung und Transfermechanismen zum Ausgleich zwischen Überschuss- und Defizitländern. Während frühere Krisen die EU jeweils zur Vertiefung der Integration und der Zusammenarbeit zwangen, erscheinen heute weitere Integrationsfortschritte angesichts des Erstarkens nationalistischer und populistischer Parteien politisch kaum noch durchsetzbar. Obendrein verstärkt der Zustrom von Flüchtlingen den Teufelskreis der europäischen Desintegration.

Dank fortbestehender Beschränkungen des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs haben China und Indien die Finanzkrise überraschend gut überstanden. Einige Jahre lang waren sie die Wachstumsmotoren der Weltwirtschaft. Ihre Nachfrage nach Rohstoffen belebte die Wirtschaft rohstoffexportierender Staaten, auch in Subsahara-Afrika. In jüngster Zeit schwächt sich allerdings die wirtschaftliche Dynamik der Schwellenländer ab. Wie in den alten Industrieländern sind die zunehmende Einkommensungleichheit und die dadurch gebremste Kaufkraft dafür mitverantwortlich.

Die wachsende Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen ist eine der größten Herausforderungen der heutigen Zeit. In Europa und den USA machen populistische Politiker die Globalisierung dafür verantwortlich und schüren Fremdenfeindlichkeit.

Der Brexit und die Agenda von US-Präsident Donald Trump stellen die bisherige Welt(wirtschafts)ordnung zunehmender Handelsintegration und internationaler Zusammenarbeit in Frage. Trump und andere Populisten halten auch die Warnungen vor dem Klimawandel für übertrieben oder für eine Verschwörung der chinesischen Konkurrenz. Die Welt steht am Beginn einer neuen Epoche nationaler Alleingänge autoritärer Regierungen und noch nicht absehbarer Folgen der Aufkündigung internationaler Handelsabkommen.

TREND ZUR DEGLOBALISIERUNG

Schon vor der aktuellen politischen Wende gegen wirtschaftliche Globalisierung lassen die Welthandelsstatistiken der letzten Jahre einen technologisch bedingten Trend zur Deglobalisierung erkennen. Automatisierung, künstliche Intelligenz und 3-D-Drucker entwickeln sich rasant, die Digitalisierung der Büroarbeit schreitet voran. Dadurch dürften Entwicklungsländer ihre Vorteile gegenüber Industrieländern in arbeitsintensiven Branchen und bei Bürodienstleistungen verlieren.

Multinationale Unternehmen gehen bereits daran, Produktionsstätten aus Entwicklungsländern zurück nach Nordamerika, Europa und Japan zu verlagern. Die dort entstehenden neuen Arbeitsplätze werden aber den Trend zunehmender sozialer Ungleichheit kaum aufhalten, denn die neuen Industrie- und Dienstleistungsbetriebe werden eher weniger, dafür hochqualifizierte

und gutbezahlte Arbeiter und Angestellte beschäftigen.

Offenbar steht die Menschheit am Beginn einer Epoche, in der sich entscheiden wird, ob und wie die gewaltigen sozialen und ökologischen Herausforderungen konstruktiv angenommen werden – oder ob Länder von weltwirtschaftlichem Gewicht sich internationaler Zusammenarbeit auf der Grundlage internationaler Abkommen verschließen und Zuflucht nehmen zu Protektionismus, Handelskriegen und Abschottung gegen Zuwanderung.

Seit einem Vierteljahrhundert steht die Suche nach besserer und effektiverer Global Governance auf der Tagesordnung der Weltpolitik. Der Gipfel von Rio de Janeiro hat 1992 das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung gesetzt und Aktionspläne für Regierungen, Unternehmen, Wissenschaftler und die Zivilgesellschaft verabschiedet: die Agenda 21. Mit Blick auf die Finanzkrise von 2008 haben das UN-Umweltprogramm (UNEP) und andere UN-Organisationen einen „Global Green New Deal“ für Klima, Energie sowie die wirtschaftliche und soziale Entwicklung propagiert. Die Idee war, die Schaffung von Arbeitsplätzen mit dem Kampf gegen die Erderwärmung zu verknüpfen.

International koordinierte staatliche Investitionsprogramme für erneuerbare Energien und die damit verbundene Infrastruktur hätten diesem Zweck gedient. Doch bislang haben die meisten Regierungen eher Lippenbekenntnisse zum Ziel nachhaltiger Entwicklung abgelegt, als konkrete Schritte dahin zu unternehmen. Es bleibt abzuwarten, ob die Verabschiedung der Sustainable Development Goals (SDGs) und das Pariser Klimaabkommen der Suche nach einer gerechteren und nachhaltigen Weltwirtschaft durch weltweit abgestimmtes Handeln gegen den Klimawandel neuen Schub geben werden.



JÜRGEN WIEMANN

ist Vizepräsident von EADI (European Association of Development Research and Training Institutes), deren 15.

Generalkonferenz unter dem Titel „Globalisation at the Crossroads“ gemeinsam mit der Nordic Conference on Development Research vom 21. bis 23. August 2017 im norwegischen Bergen veranstaltet wird.

<http://eadi-nordic2017.org>
juergen.wiemann@die-gdi.de

Gespaltener Kontinent

Der Aufstieg der Rechtspopulisten bringt Europa aus der Balance. Insbesondere in der Migrations-, Integrations- und Asylpolitik ist ihr Einfluss bereits sehr sichtbar. Aufgrund ihrer Propaganda werden in vielen europäischen Ländern neuerdings politische Errungenschaften wie Religionsfreiheit, Freizügigkeit für EU-Bürger und das Asylrecht grundsätzlich in Frage gestellt.

Von Daniel Bax

Die Wahlerfolg von Donald Trump in den USA ermutigt Rechtspopulisten in Europa. Marine Le Pen, die Chefin des französischen Front National, sandte Trump nach dessen Überraschungssieg ihre Glückwünsche. Der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders twitterte: „Die Amerikaner holen sich ihr Land zurück.“ Und ausgerechnet der Brite Nigel Farage, der Anführer der rechtspopulistischen „United Kingdom Independence Party“ (UKIP), war der erste europäische Politiker, der dem US-Millionär nach dessen Wahlsieg im Trump Tower in New York seine persönliche Aufwartung machte.

Während des Wahlkampfes hatte Farage Trump unterstützt. Im Gegenzug hatte er sich von Trump als „Mann hinter dem Brexit“ feiern lassen, denn UKIP war eine treibende Kraft hinter den EU-Gegnern auf der Insel. Das Votum der Briten für den Austritt aus der EU sah Trump als Bestätigung für seinen Kurs. Für die EU und das britische Königreich bedeutet das Referendum indessen eine existenzielle Krise, denn wie die Scheidung nach fast fünf Jahrzehnten gemeinsamer Politik funktionieren soll, weiß niemand – und UKIP trägt keine Verantwortung.

Derzeit erleben rechte Parteien in Europa einen Aufschwung, der seit dem Zweiten Weltkrieg einmalig ist. Ihr Aufstieg ist Ausdruck einer Verunsicherung in breiten Teilen der europäischen Gesellschaften, in denen sich viele – vor allem ältere – Menschen vor Globalisierung, Migration, europäischer Integration und einer zunehmenden Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile fürchten. Sie fühlen sich als

Spielball internationaler Politik und haben subjektiv den Eindruck, jegliche Kontrolle über ihr Leben und die Politik ihres Landes verloren zu haben, obwohl sie in wirtschaftlich starken Demokratien leben (siehe Kastens S. 8).

Die Antwort der Rechtsnationalisten auf diese Verunsicherung ist simpel: Sie schlagen neo-nationalistische Töne an. Sie kritisieren nicht nur multilaterale Abkommen, sondern auch die EU und Ansätze einer humanitären Flüchtlingspolitik. Zudem eint sie das Eintreten für ein eher traditionelles Familienbild und eine nationale, oft christlich geprägte „Leitkultur“. Sie fordern eine harte Hand gegenüber Einwanderern, Geflüchteten und Muslimen oder, in Osteuropa, gegen Roma. Sie wollen ein striktes Asyl- und Einwanderungsrecht sowie ein entschiedenes Vorgehen gegen Terrorgefahren. Dabei sehen sie die Präsenz von Muslimen per se als Anschlagrisiko. Eine beliebte Taktik, Ressentiments zu schüren, ist, auf den angeblichen „Missbrauch“ von Sozialleistungen durch Einwanderer hinzuweisen.

Zwei Ziele haben fast alle rechtspopulistischen Parteien in Europa gemein:

- Sie wollen Einwanderung insgesamt – vor allem aber die von Muslimen – reduzieren, wenn nicht sogar rückgängig machen.
- Sie wollen, dass Minderheiten möglichst unsichtbar werden, indem beispiels-

weise Kopftücher, Moscheen und alles allzu „Fremde“ aus dem Blickfeld verschwinden.

Dahinter steckt die Sehnsucht, alles möge so übersichtlich und kulturell homogen bleiben, wie es in der nostalgisch verklärten Erinnerung früher einmal gewesen sein soll. Diese Illusion wird als Lösung für heutige Probleme präsentiert.

Dabei gibt es durchaus Unterschiede. Während sich die Rechtsparteien in Westeuropa eher moderat geben und diffus von „unüberbrückbaren kulturellen Unterschieden“ reden, geben sich Rechtspopulisten in Osteuropa zum Teil unverhohlenen völkisch-rassistisch. Niederländische Rechtspopulisten finden beispielsweise, Homosexuelle und Frauen müssten vor konservativ-patriarchalen muslimischen Vorstellungen geschützt werden. Wilders stimmte im Parlament sogar für die Homo-Ehe. Dagegen treten die meisten europäischen Rechtsparteien aber gegen die Gleichstellung von Homosexuellen ein.

Die rechts-klerikal orientierte polnische Regierung sieht sogar eine „Gender-Verschönerung“ am Werk und wollte das ohnehin schon sehr restriktive Abtreibungsrecht weiter einschränken. Erst nach heftigen Protesten polnischer Frauen zog sie den Plan zurück. Und während Le Pen behauptet, den französischen Laizismus, also die Trennung von Staat und Religion, gegen eine angeblich drohende „Islamisierung“ zu verteidigen, geben die populistischen Regierungen von Ungarn und Polen vor, ein irgendwie christlich grundiertes Abendland gegen den Islam zu verteidigen.

Auch in ökonomischen Fragen gehen die Meinungen auseinander. Der französi-

Demonstration für Pressefreiheit in Warschau im Dezember.



sche Front National tritt für wirtschaftlichen Protektionismus und einen starken Sozialstaat ein. Auch Skandinaviens Rechtspopulisten versprechen, den traditionellen Wohlfahrtsstaat zu schützen – vor allem vor Einwanderern, denen sie unterstellen, Sozialleistungen zu erschleichen. Die Schweizerische Volkspartei und die deutsche AfD vertreten dagegen eine eher marktradikale Linie. Manche Parteien wollen wieder zu Grenzkontrollen oder sogar zu einer eigenen Währung zurückkehren, andere gehen nicht so weit. Wilders und Le Pen haben jedenfalls Referenden über die EU-Mitgliedschaft ihrer Länder in Aussicht gestellt.

Die Unterschiede hindern die Rechtspopulisten aber nicht daran, zusammenzuarbeiten. Im Europaparlament bilden Wilders' „Freiheitspartei“, die FPÖ, Italiens „Lega Nord“ und der Front National eine gemeinsame Fraktion. Und als Le Pen offiziell zur Kandidatin für die Präsidentschaftswahl gekürt wurde, reisten Wilders

und FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache zum Parteitag nach Lyon. Strache legte dort mit der, wie er sagte, „zukünftigen Präsidentin“ Frankreichs ein Tänzchen aufs Parkett.

In Italien werden die etablierten Parteien von zwei Seiten eingekeilt: auf der einen Seite von der rechtspopulistischen Lega Nord unter Matteo Salvini, die im reichen Norditalien ihre Hochburgen hat, auf der anderen Seite von der „5-Sterne-Bewegung“ des Berufskomikers Beppe Grillo, die bereits in den Metropolen Rom und Turin Bürgermeisterinnen stellt. Gemeinsam mit der Forza Italia von Silvio Berlusconi, der lange Zeit als Prototyp des europäischen Populisten galt, brachten sie im Dezember 2016 die geplante Verfassungsreform von Premier Matteo Renzi zu Fall.

In anderen EU-Krisenländern Südeuropas reüssierten aufgrund der schwierigen Wirtschaftslage zuletzt neue Links-Parteien. In Griechenland regiert die linke Partei Syriza, die aber nun die harten Sparauflagen

der EU umsetzen muss. In Spanien macht das Linksbündnis „Podemos“ den etablierten Parteien das Leben schwer. Manchmal werden diese neuen Organisationen als Linkspopulisten bezeichnet. Ihre politischen Programme sind aber im Vergleich mit den Rechtspopulisten pragmatisch und realisierbar. Im Kern wollen sie keynesianische Wirtschafts- und Umverteilungspolitik betreiben, wie sie in den 1960er und 1970er Jahren in ganz Westeuropa als normal galt.

Der Aufstieg der Rechtspopulisten hat gravierende Konsequenzen für die traditionelle Machtarithmetik der Nachkriegszeit. Die war in den meist Ländern Westeuropas von einem Wechselspiel zwischen Sozialdemokraten und Konservativen, zwischen Mitte-links- und Mitte-rechts-Bündnissen geprägt. Das Aufkommen einer dritten starken Kraft droht diese Balance zu zerstören und das gesamte Spektrum nach rechts zu verschieben. Obendrein hat sie das Potenzial, die EU zu zerreißen.

Rechte Tendenzen in der EU

Im März stehen in den Niederlanden Parlamentswahlen an, und Rechtspopulist Geert Wilders liegt in den Umfragen so weit vorn, dass er gute Aussichten hat, an der nächsten Regierung beteiligt zu werden. In Frankreich dürfte Marine Le Pen vom Front National es bei den Präsidentschaftswahlen in die Endrunde am 7. Mai schaffen – und diese vielleicht sogar gewinnen. Und in Deutschland wird die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) im Herbst 2017 aller Voraussicht nach mit einem zweistelligen Ergebnis in den Bundestag einziehen. Vor vier Jahren war sie noch knapp an der Fünfprozenthürde gescheitert.

In Österreich hatte die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) auf einen „Trump-Effekt“

gehofft, doch in der Wiederholung der Präsidentschaftswahl unterlag ihr Kandidat Norbert Hofer im Dezember 2016 seinem Konkurrenten, dem Ex-Grünen-Chef Alexander Van der Bellen. Die FPÖ liegt aber dennoch in Umfragen stabil bei gut einem Drittel der Stimmen und könnte damit bei den nächsten Nationalratswahlen die stärkste Kraft werden.

In der Schweiz ist die „Schweizer Volkspartei“ des Millionärs Christoph Blocher schon lange die stärkste Kraft. Sie hat mit dem Mittel der Volksabstimmung die Politik maßgeblich geprägt. In den vergangenen Jahren hat sie zum Beispiel die erleichterte Einbürgerung von Einwandererkindern verhindert, schnellere Ausweisungen von straffälligen Einwanderern

erwirkt und ein Minarettbauverbot durchgesetzt.

Zuletzt stellte sie 2014 mit einer Kampagne gegen eine angebliche „Masseneinwanderung“ sogar die Freizügigkeit mit der EU in Frage und setzte sich damit in einem Referendum durch. Das stellt die Schweizer Regierung vor kaum lösbare Probleme. Sie will das Land im europäischen Binnenmarkt halten, und zu dessen Bedingungen gehört die Freizügigkeit.

Auch die „Dänische Volkspartei“ treibt die anderen Parteien im Land vor sich her. Seit Juni 2015 stützt sie eine konservativ-wirtschaftsliberale Minderheitsregierung – eine Rolle, die sie schon einmal von 2001 bis 2011 zehn Jahre lang innehatte. Sie übt maximalen Druck aus, etwa in der Migrations- und Flüchtlingspolitik, trägt aber keine unmittelbare Verantwortung.

In Finnland regieren die „Wahren Finnen“ seit 2015 gemeinsam mit der konservativen Zentrumspartei. In Norwegen ist die rechtspopulistische „Fortschrittspartei“ seit 2013 erstmals an einer konservativen Koalition beteiligt.

In Osteuropa ist der Einfluss der Rechtspopulisten noch stärker. In Polen begann die nationalkonservative Partei „Recht und Gerechtigkeit“ nach ihrem Erdrutschsieg im Herbst 2015 unverzüglich damit, Justiz und Medien unter ihre Kontrolle zu bringen. Sie folgt damit Ungarns autokratischem Ministerpräsident Viktor Orbán, der schon seit Jahren die demokratische Kultur seines Landes einschränkt. In der Flüchtlingspolitik führen Polen und Ungarn seit 2015 die Gruppe jener osteuropäischen Länder an, die eine gemeinsame europäische humanitäre Lösung ablehnen und auf nationale Abschottung setzen.

In vielen Ländern bewegen sich die Rechtspopulisten längst auf Augenhöhe

mit den klassischen Volksparteien, wenn sie dort nicht sogar schon die stärkste Kraft

Selbstverliebt: Geert Wilders, Marine Le Pen und Frauke Petry (von links) in Koblenz im Januar.



sind. Manche Politologen betrachten sie deshalb schon als „dritte Volkspartei“, weil ihre Sogkraft in alle Wählerschichten hineinreicht. Männer mit niedrigem Bildungsgrad machen zwar immer noch einen großen Teil ihrer Wählerschaft aus. Aber viele ihrer Anhänger sind auch Unternehmer oder andere „Leistungsträger“.

In Schweden halten die etablierten Parteien noch gegen die Rechtspopulisten zusammen; dort regiert eine rot-grüne Koalition. Und in Belgien hat der „cordon sanitaire“ (Sperrgürtel) der bürgerlichen Kräfte sogar dazu beigetragen, dass der rechtspopulistische „Vlaams Belang“ zuletzt an Zuspruch verloren hat. Im europäischen Kontext wirkt Deutschland, mit seiner erst jungen und noch marginalen rechtspopulistischen Kraft, wie eine Insel der Stabilität und Liberalität.



DANIEL BAX

ist Journalist und Autor. Er lebt in Berlin, Deutschland.

Sein Buch „Angst ums Abendland“ kritisiert

Islamfeindlichkeit und erschien 2015 im Westend Verlag.

dbax@gmx.de

Beschädigte Demokratie

Wissenschaftler interessieren sich für die Bedeutung von „Populismus“ – und dafür, was dieses Phänomen mit technokratisch alternativloser Regierungspolitik zu tun hat.

Von Hans Dembowski

Es stört Jan-Werner Müller, dass der Begriff „Populismus“ meist ohne präzise Definition verwendet wird. Der deutsche

Politikprofessor von der Princeton University schlägt in seinem Buch „Was ist Populismus?“ (2016) eine Bedeutung vor. Entscheidend ist für ihn, dass Populisten beanspruchen, die einzigen legitimen Repräsentanten „des“ Volks zu sein. Das ist implizit undemokratisch, denn keine Nation ist homogen. In jeder Gesellschaft gibt es schließlich unterschiedliche und widerstreitende Interessen.

In Demokratien vertreten unterschiedliche Parteien unterschiedliche Interessen, und Regierungspolitik ist das Ergebnis kontroverser Debatten, wobei Mehrheiten auf Bündnissen verschiedener Interessengruppen beruhen. Unterschiedliche Sichtweisen sind wichtig, breite Debatten erwünscht und Opposition gegen Regierungspolitik legitim.

Müller zufolge bestreiten aber Populisten, dass es divergierende Interessen gibt, und tun so, als sprächen sie für ein homogenes Volk, das von einer eigentümlichen Allianz der Elite mit vom Sozialstaat verwöhnten Minderheiten ausgebeutet wird. Weil detaillierte Diskussionen von

Reformkonzepten nicht ihrer polarisierenden Rhetorik dienten, ließen sie sich gar nicht darauf ein.

Müller stellt klar, dass die Populisten selbst definieren, wer zur Nation gehört und wer nicht. Je nach Situation änderten sie diese Definition auch. Immer beanspruchten sie aber zu wissen, was „die“ Leute wollen. Populisten forderten Anerkennung und Gefolgschaft, werteten aber Kritik an sich als Angriff auf „das“ Volk.

Müller räumt ein, dass sein Populismus-Begriff nicht dem konventionellen Verständnis in Nordamerika entspricht. Dort vertraten „Populists“ früher die Interessen der Farmer im ländlichen Raum gegenüber Banken und Eisenbahngesellschaften. Sie kritisierten die Großunternehmen heftig, gestanden ihnen aber eine Rolle zu.

Die heutigen Populisten, um die es Müller geht, bestehen dagegen darauf, nur sie wüssten, was die Nation wolle, und folglich könne auch niemand anderes richtig regieren. Das Versprechen nationaler Harmonie ist aber Müller zufolge nicht erfüllbar, weil es unvermeidliche Interessensunterschiede übertüncht. Unfähig, ihre Ankündigungen auch wahr zu machen, blieben Populisten deshalb selbst nach Wahlerfolgen aggressiv und agitierten wütend gegen Sündenböcke: gerade so, als scheitere ihre großartige Agenda an all denen, die ihnen widersprechen.

Aus Sicht des Politikwissenschaftlers bedeutet es immer eine Verfassungskrise, wenn Populisten an die Macht kommen. Solange sie in der Opposition seien, sähen sie überall Korruption und Vetternwirtschaft, aber im Amt griffen sie selbst zu diesen Methoden und sprächen von „Selbstverteidigung“. Zudem neigten sie dazu, Gesetze und selbst die Verfassung zu ändern, um auf Dauer an der Macht zu bleiben. Im Bemühen, alle staatlichen Posten zu besetzen, beschränkten sie dann auch die Medienfreiheit und den Raum für zivilgesellschaftliches Engagement. Laut Müller könnten sie sich nur an der Macht halten, solange es ihnen gelingt, sich als die Vertreter der schweigenden Mehrheit zu verkaufen, die für das permanent bedrohte „echte“ Volk kämpfen.

Wenn Populisten regieren, ist aus Müllers Sicht die Demokratie beschädigt, aber nicht unbedingt am Ende. Entscheidend ist, ob Zivilgesellschaft, Medien und

diverse Institutionen stark genug sind, Gegendruck zu machen und die Zentralisierung der Staatsgewalt zu verhindern.

Es heißt oft, Populisten zögen Modernisierungs- und Globalisierungsgewinner an. Müller widerspricht, denn tatsächlich fänden Populisten Anklang in vielen verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Besonders für Menschen mit sozialdarwinistischen Vorstellungen seien sie attraktiv.

In der Auseinandersetzung mit Populisten kommt es darauf an, Pluralismus, Vielfalt und breite gesellschaftliche Debatten zu betonen. Wie Müller ausführt, haben aber die Regierungen vieler westlicher Staaten – nicht nur, aber besonders in der EU – in den vergangenen Jahren behauptet, zu ihren technokratischen Konzepten gebe es keine Alternative. Auch diese Haltung findet Müller undemokratisch. Obendrein nutze sie den Populisten, die sich als einzige Alternative präsentieren könnten.

SCHWÄCHER WERDENDE DEMOKRATIE

Colin Crouch ist ein britischer Soziologe, der ähnlich argumentiert. Dass übertriebener, technokratischer Marktenthusiasmus die Demokratie aushöhlt, schrieb er in seinem Buch „Post-democracy“ (2004). Ihm zufolge ist die Demokratie in westlichen Nationen seit den 1970er Jahren schleichend schwächer geworden. Der Buchtitel führt aber etwas in die Irre, denn er schreibt nicht, die Demokratie sei beendet – sondern nur, sie habe ihren Höhepunkt überschritten.

Es geht ihm nicht darum, dass Wahlen manipuliert oder andere demokratische Grundsätze verletzt worden seien. Er stellt aber fest, dass die Partizipation am öffentlichen Leben zurückgehe, was sich etwa in der Wahlbeteiligung niederschläge. Gewerkschaften, Kirchen und andere Großorganisationen verlören zudem Mitglieder und Einfluss. Aus Crouchs Sicht ist der vielfältige Aktivismus vieler kleiner Bürgerinitiativen zwar wertvoll, aber kein Ersatz für erodierende Großorganisationen. Die Anliegen der unteren Schichten würden ignoriert, egal welche Partei gerade regiere.

Der Frankfurter Sozialwissenschaftler Oliver Nachtwey kommt in seinem aktuellen Buch „Die Abstiegs-gesellschaft“ mit Blick auf Deutschland zu einer noch

düsteren Einschätzung. Ihm zufolge prägen Abstiegs-sorgen heute die ganze Gesellschaft. Zunehmend prekär werde nicht nur die Lage abgehängter Bevölkerungsgruppen sondern der breiten Mehrheit.

Nachtwey führt aus, dass der deutsche Sozialstaat anders als in der Vergangenheit nicht mehr den Lebensstandard der Bürger sichert. Immer mehr Menschen arbeiteten auf der Basis von Zeitverträgen oder als Freiberufler ohne die Sicherheiten der Festanstellung. Letztere bedeute heute auch nicht mehr lebenslange Beschäftigung. Alle wüssten, dass in der nächsten Krise Stellen gestrichen würden.

Reduzierte Unterstützung für Arbeitslose und abgesenkte Rentenniveaus verstärken laut Nachtwey soziale Sorgen. Erschwerend komme hinzu, dass die subventionierten Riester-Verträge nicht im versprochenen Maße die Abschläge bei der Alterssicherung ausglich. Das nähre die Angst vor Altersarmut – während zugleich die heranwachsende Generation weniger Karrierechancen habe, als es die der Eltern gehabt habe.

Nachtwey erklärt, warum viele Deutsche Sehnsucht nach vergangenen Sicherheiten haben. Der Autor lässt keinen Zweifel daran, dass Populisten solche Sorgen ausnutzen können – und zwar in fast allen Bevölkerungsschichten. Ähnliche – meist sogar härtere – gesellschaftliche Trends prägen andere europäische Länder. Aus Nachtweys Sicht ist die große Frage, ob die Regierungen Konzepte finden, die wieder mehr soziale Sicherheit bringen. Großartige Visionen sind nicht gefragt, denn es kommt auf die Details der Politik an. Versagen wird allerdings sicherlich die gesellschaftliche Unterstützung für international ausgerichtete Entwicklungspolitik.

LITERATUR

- Crouch, C., 2004: *Post-democracy*. Cambridge/Malden, MA: Polity Press (auf Deutsch: *Postdemokratie*. Frankfurt: Suhrkamp, 2008).
- Müller, J.-W., 2016: *Was ist Populismus?* Berlin: Suhrkamp (Auf Englisch: *What is populism?*. Philadelphia: University of Pennsylvania Press, 2016).
- Nachtwey, O., 2016: *Die Abstiegs-gesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.



Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



www.twitter.com/forumdc

Startseite Über uns Twitter durchsuchen

D+C
Development + Cooperation

TWEETS 9.227 FOLGER 2.089 FOLLOWER 4.674 GEFÄLLT MIR 180 LISTEN 7 [Folgen](#)

Editorial office D+C
@forumdc
D+C Development and Cooperation is a webmagazine and bi-monthly print magazine on development and international cooperation.
Frankfurt, Germany
dandc.eu
Beigetreten Januar 2010
1.381 Fotos und Videos

Tweets Tweets & Antworten Medien

D+C Editorial office D+C @forumdc · 18 Min.
Scholars assess what "#populism" means; western #democracy must rise to huge challenges ow.ly/4kcA3086uvZ

We send the EU £350 million a week
let's fund our NHS instead Vote Leave
Let's take back control

Neu bei Twitter?
Melde Dich jetzt an, um Deine eigene, personalisierte Timeline zu erhalten!
[Registrieren](#)

Vielleicht gefällt Dir auch

- BMZ Bund @BMZ_Bund
- Weltungerhilfe @Weltungerhilfe
- giz @giz_gmbh
- Development Pros @GuardianGDP

